

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 21.10.2023

Tagesordnungspunkt: 11.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R1NEU2: Verbesserung des Alex-Müller-Verfahrens

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der
2 Geschäftsordnung vorzunehmen:

3 Der bisherige § 16 Abs 6 wird wie folgt geändert:

4 *(6) Über die Reihenfolge der Beratung der Anträge entscheidet der Bundeskongress*
5 *zu Beginn der Beratungen mit Hilfe des Alex-Müller-Verfahrens. Dabei hat jedes*
6 *anwesende, stimmberechtigte Mitglied die Möglichkeit maximal fünf Anträge*
7 *auszuwählen, über die es beraten will. Maximal fünf Anträge markiert es auf*
8 *einem dafür ausgeteilten Stimmzettel. Der Antrag, der von den meisten*
9 *Mitgliedern markiert wurde, wird als Erstes beraten. Der Antrag, der am*
10 *zweitmeisten markiert wurde, als zweites, usw. Bei Gleichstand findet das Lukas-*
11 *Lerchner-Verfahren Anwendung. Hierbei darf jedes stimmberechtigte Mitglied in*
12 *offener Abstimmung einen der Anträge, die im Alex-Müller-Verfahren im*
13 *Gleichstand sind, auswählen. Bei erneutem Gleichstand wird das Verfahren mit den*
14 *Anträgen, die im Lukas Lerchner-Verfahren im Gleichstand sind, wiederholt, bis*
15 *ein Antrag gewinnt. Sollte im Lukas Lerchner-Verfahren in einer Runde kein*
16 *Antrag abgewählt werden, entscheidet das Präsidium, über welchen Antrag zuerst*
17 *beraten wird. Bei fünf oder weniger Anträgen legt das Sitzungspräsidium einen*
18 *Vorschlag über die Reihung der Anträge vor, der vom Bundeskongress in offener*
19 *Abstimmung abgestimmt werden muss. Sofern dieser keine einfache Mehrheit findet,*
20 *kommt das Alex-Müller-Verfahren zur Anwendung. Es dürfen dabei nicht alle*
21 *Anträge markiert werden. Sofern es nur einen Antrag gibt, wird das Alex-Müller-*
22 *Verfahren ausgesetzt.*

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress

Beschlussdatum: 21.10.2023

Tagesordnungspunkt: 11.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R2NEU: Mitgliedschaft in konkurrierenden Organisationen

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 Nach § 8 Abs 3 wird folgender Absatz eingefügt:
4 *(4) Mitglieder des Bundesvorstands dürfen nicht Mitglied bei einer mit den*
5 *Zweigvereinen „Junge liberale Studierende – JUNOS“ oder „Junge liberale*
6 *Schüler:innen – JUNOS“ konkurrierenden oder mit deren Grundsätzen im Widerspruch*
7 *stehenden Organisation sein.*

8 Der bisherige § 8 Abs 4 wird zu § 8 Abs 5.
9 Der bisherige § 8 Abs 5 wird zu § 8 Abs 6.
10 Der bisherige § 8 Abs 6 wird zu § 8 Abs 7.
11 Der bisherige § 8 Abs 7 wird zu § 8 Abs 8.
12 Der bisherige § 8 Abs 8 wird zu § 8 Abs 9.
13 Der bisherige § 8 Abs 9 wird zu § 8 Abs 10.
14 Der bisherige § 8 Abs 10 wird zu § 8 Abs 11.
15 Der bisherige § 8 Abs 11 wird zu § 8 Abs 12.
16 Der bisherige § 8 Abs 12 wird zu § 8 Abs 13.
17 Der bisherige § 8 Abs 13 wird zu § 8 Abs 14.
18 Der bisherige § 8 Abs 14 wird zu § 8 Abs 15.
19 Der bisherige § 8 Abs 15 wird zu § 8 Abs 16.
20 Der bisherige § 8 Abs 16 wird zu § 8 Abs 17.
21 Der bisherige § 8 Abs 17 wird zu § 8 Abs 18.
22 Der bisherige § 8 Abs 18 wird zu § 8 Abs 19.
23 Der bisherige § 8 Abs 19 wird zu § 8 Abs 20.

24 Nach§ 13 Abs 7 lit a Ziffer iii wird folgende Ziffer eingefügt:

25 *iv. Mitglieder des Landesvorstands dürfen nicht Mitglied bei einer mit den*
26 *Zweigvereinen „Junge liberale Studierende – JUNOS“ oder „Junge liberale*
27 *Schüler:innen – JUNOS“ konkurrierenden oder mit deren Grundsätzen im Widerspruch*
28 *stehenden Organisation sein*

Begründung

Durch die Gründung der JUNOS Schüler:innen gibt es inzwischen zwei bundesweite Zweigvereine, die auf ihrer eigenen Ebene konkurrierende Organisationen haben. JUNOS-Mitglieder können allerdings auf LSV- bzw. ÖH-Ebene dennoch auch Mitglied bei anderen Organisationen sein, auch wenn das die absolute Ausnahme ist. Um das Motto „1 JUNOS“ zu wahren und auch um sicherzustellen, dass sensible JUNOS-Informationen nicht an Konkurrent:innen auf LSV- bzw. ÖH-Ebene gelangt, sollten jedenfalls die Mitglieder des Bundesvorstands und der Landesvorstände nicht Mitglied in einer konkurrierenden Schüler:innenorganisation oder ÖH-Fraktion sein dürfen.

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: 11.2 Leitantrag des Bundesvorstands

LANEU2: Mut zur Freiheit: Unsere Vision für ein besseres Österreich

Antragstext

1 Mut zur Freiheit

2 Unsere Vision für ein besseres Österreich

3 Österreich befindet sich in einer Zeit des Umbruchs. Viele Reformen sind längst
4 überfällig, und es tun sich immer mehr Bereiche auf, in denen aktives Handeln
5 gefordert ist. Viele Entscheidungen, die in den kommenden Jahren getroffen
6 werden, beeinflussen Österreich für viele Jahrzehnte – und betreffen damit vor
7 allem uns, die junge Generation.

8 Wir wollen dabei nicht einfach tatenlos zuschauen und abwarten, sondern sehen
9 uns in der Pflicht, an einer besseren Zukunft mitzuwirken. In diesem Programm
10 wollen wir aufzeigen, mit welchen Maßnahmen unsere Vision für ein besseres
11 Österreich erreicht werden kann. Liberale Antworten sind gefragt denn je!

12 Bildung

13 Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Sie macht uns zu
14 mündigen Bürgern, die in Freiheit und Eigenverantwortung leben. Gerade deshalb
15 ist uns ein sozial durchlässiges Bildungssystem ein Herzensanliegen. Österreich
16 muss ein Ort der Talente werden, mit einem chancengerechten, qualitativ
17 hochwertigen und freien Bildungssystem.

18 Chancengerechtigkeit von Anfang an

19 Um Kindern die besten Lebenschancen zu bieten, muss bereits im frühen Alter
20 angesetzt werden. Eltern sollen für ihre Kinder Bildungsschecks bekommen, die
21 sie für die Bildung und Betreuung in einer Vollzeiteinrichtung ihrer Wahl

22 einlösen können. Die frühkindliche Kinderbetreuung soll grundsätzlich privat
23 aufgestellt sein, aber strengen Qualitätskontrollen unterliegen. Mögliche
24 Einrichtungen können dabei Kindergärten oder Kindergruppen, aber auch
25 Einzelpersonen wie beispielsweise Tageseltern sein. So sollen individuelle
26 Lösungen eine flächendeckende Kinderbetreuung sichern.

27 **Beste Bildung durch freie Schulen**

28 Jedes Kind soll gerne in die Schule gehen. Nicht weil Schule so leicht ist und
29 Leistung nichts zählt, sondern weil man gefordert und gefördert wird. Weil
30 Stärken ausgebaut werden, anstatt Schwächen breitzutreten, und weil Lernen unter
31 den richtigen Bedingungen erfüllend ist.

32 Der Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Schulautonomie. Dabei
33 beschränkt sich der Staat auf die Festlegung von Bildungszielen. Wie diese
34 Bildungsziele erreicht werden, obliegt den Schulen selbst. Jede Schule
35 entscheidet individuell über ihr Unterrichtsangebot, die Schwerpunktsetzung, die
36 Gestaltung des Schulalltags, das Lehrpersonal sowie die (digitalen) Hilfsmittel.
37 So entsteht Raum für innovative pädagogische Konzepte und ein vielfältiges
38 Angebot an Bildungswegen. Schulen sollen grundsätzlich privater Trägerschaft
39 unterliegen, wobei die Finanzierung durch den Staat sichergestellt wird -
40 nämlich im Zuge der Bildungsschecks.

41 In einem ersten Schritt sollen Schulen beispielsweise über ein Modell der
42 privaten Trägerschaft bei öffentlicher Finanzierung die Möglichkeit haben selbst
43 in das Prinzip der Schulautonomie hineinzuoportieren. Diese Schulen bekommen die
44 Freiheit dreifacher Autonomie: in pädagogischer, personeller und finanzieller
45 Freiheit und Verantwortung. Bei der Aufnahme soll auf eine gute soziale
46 Durchmischung geschaut werden.

47 Jedes Kind bekommt einen solchen Bildungsscheck, den es in der
48 Bildungseinrichtung seiner Wahl einlösen kann. Besonders beliebte Schulen
49 erhalten folglich die beste Finanzierung und Anreize, ihr Angebot weiter
50 auszubauen, um mehr Schüler anzuziehen. Schlechte Schulen auf der anderen Seite
51 müssen sich schnellstens überlegen, wie sie ein attraktives Angebot schaffen.

52 Dass alle Schulen die Bildungsstandards erreichen, wird anhand von zentralen und
53 vergleichbaren Tests abgeprüft. Hierfür soll neben der Zentralmatura eine
54 zentrale mittlere Reife eingeführt werden. Die Bildungsstandards sollen neben
55 Deutsch-, Mathematik-, und Englischkenntnissen auch wirtschaftliches wie
56 finanzielles Basiswissen („Financial Literacy“) und digitale Grundbildung
57 umschließen.

58 Um eine demokratische und repräsentative Schülerversretung zu schaffen, soll das
59 Schülerversretungsgesetz grundlegend überarbeitet werden, damit alle Schüler
60 ihre Landesschülerversretung über Wahllisten direkt wählen können und die
61 Bundesschülerversretung von allen Landesschülerversretretern gewählt wird.

62 **Erfolgsmodell Lehre in den Fokus**

63 Das österreichische Modell der dualen Lehrausbildung gilt international zurecht
64 als Erfolgskonzept, dennoch wird sie bei uns oft nur als Plan B betrachtet. Die
65 Lehre muss für Jugendliche attraktiver gestaltet und durch praxisnahe
66 Berufsorientierung an Schulen bereits frühzeitig beworben werden.

67 Die Lehre soll einheitlich strukturiert, nämlich modular aufgebaut werden, und
68 stets die Option beinhalten, die Reifeprüfung abzulegen. Durch die Aufteilung in
69 Module ist ein Wechsel zwischen unterschiedlichen Lehrausbildungen einfacher.
70 Berufsschulen sollen dazu zu „Berufsakademien“ aufgewertet werden, die eng
71 verschränkt mit Experten aus der Wirtschaft und anderen Bildungseinrichtungen,
72 etwa auch Hochschulen, zusammenarbeiten. Durch den modularen Aufbau können auch
73 Erwachsene sich an Berufsakademien weiter fortbilden und so ihren Horizont
74 erweitern. Berufsakademien sollen stets auch Meisterkurse anbieten.

75 Durch eine einheitliche Struktur der Lehre soll es auch einfacher möglich sein,
76 im Rahmen internationaler Austauschprogramme Erfahrung im Ausland zu sammeln.
77 Der Europäische Qualifikationsrahmen bietet hier bereits eine gute Grundlage und
78 soll weiter ausgebaut werden.

79 **Oxbridge und Ivy League, aber in Österreich**

80 Exzellenz soll in den österreichischen Hochschulen wieder ihre Heimat finden.
81 Dafür müssen alle Hochschulen miteinander in fairem Wettbewerb stehen, den sie
82 gewappnet mit größtmöglicher Autonomie bestreiten. Sie sollen selbst zu Trägern
83 ihrer Gebäude werden, frei in der Gestaltung von Lehre und Forschung sein, sowie
84 Hoheit über Personal, Auswahl der Studierenden und die Mittelverwendung haben.
85 Zwischen den einzelnen Hochschultypen sollen rechtlich keine Unterschiede
86 gemacht werden.

87 Die Finanzierung der Hochschulen wird durch ein Drei-Säulen-Modell aus privaten
88 Mitteln, staatlicher Studienplatzfinanzierung und nachgelagerten
89 Studienbeiträgen langfristig gesichert. Die staatliche Finanzierung soll sich
90 auf zwei Prozent des BIP belaufen und die Grundfinanzierung für Studium wie
91 Forschung sicherstellen.

92 Der Studienzugang kann durch Eignungskriterien geregelt sein, ein Studium darf
93 aber nicht aus finanziellen Überlegungen scheitern. Die Studienbeihilfe wird wie
94 andere Sozialleistungen vom liberalen Bürgergeld abgelöst, das explizit auch von
95 zielstrebigen Studierenden bezogen werden kann. Um zu hohe Studienbeiträge
96 vorzubeugen, kann die Höhe vom Bildungsministerium beschränkt werden, der Staat
97 stellt den Studierenden außerdem auf Wunsch ein zinsloses Darlehen zur
98 Verfügung, das während des Erwerbslebens zurückgezahlt werden muss.

99 Um eine schlagkräftige und tatsächlich im Sinne der Studierenden arbeitende
100 Studienvertretung sicherzustellen, wird die Mitgliedschaft in der
101 Hochschul:innenschaft freiwillig und das allgemeinpolitische Mandat
102 abgeschafft.

103 **Innovation durch Forschung**

104 Forschung und Wissenschaft sind für uns Treiber des Wohlstandes und des
105 Fortschrittes und entsprechend zu fördern. Für die Vergabe der Mittel ist die
106 Schaffung einer bundesweiten Forschungsstrategie und Bündelung der
107 Forschungsagenden in einem Ministerium essenziell. Damit soll auch die
108 Zusammenarbeit zwischen universitären und außeruniversitären
109 Forschungseinrichtungen forciert werden. Es muss allerdings auch hier ein
110 stärkerer Fokus auf private Mittel gelenkt werden. Public-Private Partnerships
111 sollen gefördert werden, um Synergieeffekte zu erzielen und zusätzliche
112 Finanzierungsquellen zu nutzen. Österreich soll so zum international
113 kompetitiven Wissenschaftsstandort werden und begabte Forscher aus der ganzen
114 Welt anziehen.

115 **Lebenslanges Flügelheben**

116 Gerade in Zeiten der rasenden Entwicklungen, von künstlicher Intelligenz über
117 neue Soft- und Hardwarelösungen, ist es nicht selbstverständlich immer am Ball
118 zu bleiben. Daher fordern wir eine Ausweitung der Absatzbeträge für persönliche
119 wie berufliche Fortbildung, sowie den unbürokratischen Zugang zu Einzelmodulen
120 an den neu geschaffenen Berufsakademien.

121 **Demokratie und Justiz**

122 Die liberale Demokratie auf den Standpfeilern der Gewaltentrennung, mit einem
123 selbstbewussten Parlament, einer effektiven Exekutive und einer unabhängigen
124 Justiz, gewährleisten Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Rechtssicherheit.
125 Eine effektive Gewaltenteilung erfordert starke Institutionen und klare
126 Kompetenzverteilungen in Österreich. Hier wollen wir nachschärfen. Der Staat und

127 die Politik sollen dabei immer den Bürgern dienen und nicht umgekehrt. Um dies
128 zu garantieren und insbesondere eine sinnvolle Verwendung von Steuermitteln
129 sicherzustellen, fordern wir eine Verschlankung der Verwaltung und ein
130 Maßnahmenpaket für eine saubere Politik.

131 **Der Souverän ist das Volk**

132 Um die Menschen in Österreich zu ermächtigen und von den übermächtigen
133 politischen Strukturen zu befreien, braucht es eine echte Demokratie- und
134 Föderalismusreform. Durch einen Ausbau von direktdemokratischen Abstimmungen
135 sollen Bürger ermächtigt werden, stärker selbst an der politischen
136 Entscheidungsfindung teilzunehmen – die Schweiz macht es vor.

137 Um politischem Stillstand vorzubeugen, müssen Doppelgleisigkeiten durch eine
138 klare Aufteilung der Kompetenzen zwischen den Ebenen Bund, Land und Gemeinde
139 reduziert werden. Gemeinden sollen dabei stark aufgewertet werden, befinden sie
140 sich immerhin am nächsten an der Lebensrealität der Menschen. Zur Steigerung der
141 Effizienz in der Verwaltung sollen die Gemeinden aber durch Zusammenlegungen
142 eine gewisse Mindestgröße haben. So sollen die Bundesländer langfristig als
143 reine Verwaltungseinheiten fungieren. Der Bundesrat soll außerdem zugunsten
144 eines starken Einkammerparlaments abgeschafft werden.

145 **Saubere Politik**

146 Der Staat dient den Bürgern – doch allzu oft sind diese Bittsteller von Politik
147 und Verwaltung. Um ein Handeln im Sinne der Bürger sicherzustellen, soll daher
148 jeder ein Recht auf Auskunft über die Tätigkeiten aller Behörden und politischen
149 Institutionen haben. Zusätzlich sollen alle öffentlichen Träger die Herkunft
150 sowie Verwendung ihrer Mittel transparent offenlegen.

151 Bei öffentlichen Förderungen sollen stets transparente und nachvollziehbare
152 Vergabeverfahren gelten und auch bei der Ausschreibung und Besetzung von
153 öffentlichen Stellen Transparenz und Objektivität gewahrt werden. Um zu
154 garantieren, dass die bestqualifizierten Personen bei der Postenbesetzung zum
155 Zug kommen, soll eine Anpassung der Auswahlverfahren nach europäischem Vorbild
156 erfolgen, dabei sollen bei Spitzenfunktionen verpflichtende öffentliche Hearings
157 stattfinden. Seilschaften müssen schonungslos offengelegt werden, widrigenfalls
158 kann der Auftrag oder die Besetzung nachträglich annulliert werden.

159 Politiker gestalten unser Land in Vertretung für alle Bürger, daher sollten für
160 sie besonders hohe Standards gelten. Diese sollen in einem Code of Conduct
161 abgebildet sein, den Politiker mit ihrer Angelobung unterzeichnen müssen. Dieser

162 soll unter anderem die Offenlegung von Interessenskonflikten sowie der
163 wahrgenommenen Stakeholder- und Lobbyistentreffen in ein öffentlich einsehbares
164 Register beinhalten. Wenn politische Entscheidungsträger im Rahmen ihrer
165 Funktion nachweislich rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben, soll eine
166 zivilrechtliche Politikerhaftung greifen, etwaige Bußgelder fließen dem
167 Staatsbudget zu.

168 Um der Korruption in Österreich keine Chance zu geben, soll die Wirtschafts- und
169 Korruptionsstaatsanwaltschaft zusätzliche Planstellen erhalten. Hierbei ist
170 darauf zu achten, dass kompetente und politisch unabhängige Personen zum Zug
171 kommen.

172 **Medien - Die vierte Gewalt**

173 Eine freie, unabhängige, plurale und sachorientierte Medienlandschaft ist eine
174 tragende Säule der liberalen Demokratie, diese zu gewährleisten sohin primäre
175 Aufgabe des Staates. Die in Österreich etablierte Abhängigkeit der Medien von
176 Inseraten und anderen Förderungen von politischen Akteuren muss abgeschafft
177 werden.

178 Der ORF soll sich im Sinne der Medienvielfalt auf seinen öffentlich-rechtlichen
179 Auftrag beschränken und insbesondere auf Information, Bildung, Politik und
180 Wissenschaft fokussieren. Hier ist ein hoher Standard an Objektivität und
181 Meinungsvielfalt geboten. Hierfür soll der ORF, konkret der Stiftungsrat sowie
182 der Publikumsrat, entpolitisiert werden. Dies soll mit einem neuen
183 Nominierungsschlüssel und Auswahlverfahren gewährleistet werden, welche den
184 Einfluss der Regierung im Bezug auf die Bestellung sowie die Abberufung
185 einschränken und mehr auf die Kompetenz der Räte abzielen.
186 Unterhaltungsprogramme sollen einzig den privaten Anbietern obliegen, die mit
187 den so erzielten Gewinnen wieder Informations- und Nachrichtenformate
188 finanzieren können. Zu diesem Zweck kann der ORF Unterhaltungsprogramme wie Ö3
189 privat ausgliedern. Ein wichtiger Beitrag zu mehr Medienvielfalt.

190 **Justiz und Recht**

191 Die Unabhängigkeit der Justiz gewährleistet, dass niemand über dem Gesetz steht,
192 auch nicht die Politik – sie schützt so die individuellen Rechte und Freiheiten
193 der Bürger und sorgt für faire und gerechte Verfahren. Um diese Unabhängigkeit
194 funktionell zu stärken, soll die Weisungsspitze der Staatsanwaltschaft dem
195 Justizministerium entzogen und einem unabhängigen Bundesstaatsanwalt übertragen
196 werden. Der Bundesstaatsanwalt soll auf Basis eines Dreivorschlags einer mit
197 Experten aus der Justiz besetzten Personalkommission durch den Nationalrat im

198 Wege einer 2/3-Mehrheit ernannt werden. Seine Funktionsperiode beträgt 6 Jahre,
199 eine Wiederwahl ist unzulässig. Der Bundesstaatsanwalt ist hinsichtlich der
200 Verantwortlichkeit den Mitgliedern der Bundesregierung gleichgestellt.

201 Für ein faires Justizsystem ist der Zugang zum Recht essenziell. Hürden in Form
202 hoher Gerichtsgebühren sollten dementsprechend abgeschafft werden. Die
203 Verteidigung des eigenen Rechts in einem Strafverfahren darf außerdem nicht zur
204 Strafe werden – nach einem Freispruch soll eine volle Entschädigung zustehen. Um
205 auch die Rechtsvertretung leistbarer zu machen, soll das Verbot der quota litis
206 für Anwälte abgeschafft werden. Zuletzt sind im Sinne der Rechtssicherheit
207 außerdem die Rechtsgeschäftsgebühren ersatzlos zu streichen.

208 **Verwaltung und Digitalisierung**

209 Die österreichische Verwaltung ist träge und ineffizient, einzelne Behördengänge
210 oft komplexer als eine Uniprüfung. Die Verwaltung soll daher radikal verschlankt
211 und bürokratische Prozesse stark vereinfacht werden.

212 Gebühren für grundlegende Services wie Strafregisterauszüge stellen nicht nur
213 einen unnötigen Verwaltungsaufwand dar, sondern sind auch ein Affront gegenüber
214 allen Steuerzahlern, und sollen daher abgeschafft werden. Außerdem sollen in der
215 Verwaltung moderne Kommunikationswege Einzug finden, das Fax hat seinen Zenit
216 längst überschritten. Um Österreich für internationale Fachkräfte attraktiver zu
217 machen, soll Englisch als zusätzliche Amtssprache eingeführt werden.

218 Ganz im Sinne einer schlanken Verwaltung sollen alle Behördengänge unkompliziert
219 digital möglich gemacht werden. Egal ob jemand einen Reisepass beantragen oder
220 ein Unternehmen gründen möchte, all dies soll mittels weniger Schritte online
221 durchführbar sein. Um eine effektive Verkleinerung des öffentlichen
222 Verwaltungssektors zu erreichen, soll der breite Einsatz von Künstlicher
223 Intelligenz ein integraler Bestandteil werden. Insbesondere repetitive Aufgaben,
224 wie die Dokumentenverwaltung oder die Formularverarbeitung, sollen automatisiert
225 werden, um Arbeitsprozesse zu unterstützen, sowie den Abbau von Stellen zu
226 ermöglichen. Im Bereich Wahlen kann Estland als Vorbild dienen. In einem ersten
227 Schritt soll die online Teilnahmemöglichkeit bei der Wahl von
228 Interessenvertretungen, insbesondere der Arbeits- und Wirtschaftskammer,
229 eingeführt werden.

230 **Schutz der Privatsphäre**

231 Wir verstehen Privatsphäre als essenziellen Bestandteil von Freiheit und nicht
232 verhandelbares Bürgerrecht. Es geht den Staat nichts an, wo man seinen

233 Wocheneinkauf tätigt, welche Nachrichten man schreibt und mit wem man seine
234 Freizeit verbringt.

235 Die zunehmende Massenüberwachung im öffentlichen und privaten Raum lehnen wir
236 daher entschieden ab. Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung, die
237 Klarnamenpflicht oder die viel diskutierte Chatkontrolle schießen weit über das
238 Ziel hinaus und sind im Hinblick auf die persönliche Freiheit nicht
239 rechtfertigbar. Wir bekennen uns zu einem starken Datenschutz.

240 **Generationengerechter Umgang mit Steuergeld**

241 Österreich hat in den letzten Jahrzehnten einen gigantischen Schuldenberg
242 angehäuft. Die Folgen dieser verschwenderischen Budgetpolitik hat die junge
243 Generation zu stemmen. Um diesen Schuldenrucksack zu reduzieren, fordern wir die
244 Einführung einer strengen Schuldenbremse im Verfassungsrang. Diese soll nicht
245 nur die Staatsverschuldung begrenzen, sondern auch verbindliche Vorgaben zur
246 Schuldenreduzierung enthalten. Das Haushaltsbudget soll jeweils über den
247 Konjunkturzyklus zumindest ausgeglichen werden.

248 Hauptgrund für die hohe Verschuldung Österreichs sind die seit dem zweiten
249 Weltkrieg stetig steigenden Staatsausgaben. Wir fordern daher die Einführung
250 einer Ausgabenbremse im Verfassungsrang, die festlegen soll, dass das
251 Ausgabenwachstum nicht die Inflation übersteigen darf, wenn die Verschuldung
252 über 60 Prozent des jährlichen BIPs ausmacht. Außerdem soll das jährliche Budget
253 des Bundes im Rahmen eines fünfjährigen Haushaltsplans erstellt werden, welches
254 den einzelnen Ressorts maximale Ausgabensummen zuweist.

255 Die moderne Errungenschaft effektiver sozialer Sicherungsnetze muss anerkannt
256 werden. Gleichzeitig ist aber die Pflicht jedes Mitglieds unserer Gesellschaft,
257 diese nur in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen, die seiner unverschuldeten
258 Notlage entspricht. Neben dieser Verpflichtung des Einzelnen gibt es auch eine
259 Verpflichtung des Staats, seine eigentlichen Kernaufgaben der Aufrechterhaltung
260 der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verwaltung sowie wichtige
261 Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter Sozialausgaben und Konsums in der
262 Gegenwart zu vernachlässigen. Es soll daher ebenfalls im Verfassungsrang
263 festgelegt werden, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben 40 Prozent der
264 staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht überschreiten dürfen,
265 wobei es einen Konsultationsmechanismus mit Ländern und Gemeinden geben soll.

266 **Trennung von Kirche und Staat**

267 Eine aufgeklärte, freie Gesellschaft sichert eine klare Trennung von Kirche und

268 Staat. Die vielen Sonderrechte von Religionsgemeinschaften gegenüber anderen
269 (weltanschaulichen) Organisationen widersprechen dieser Trennung. Sie stellen
270 eine nicht nachvollziehbare Bevorzugung gegenüber säkularen Einrichtungen dar.
271 Wieso sollte die Kirche gegenüber einem Museum bessergestellt sein? Um mit
272 diesen Sonderprivilegien endgültig zu brechen, muss das Konkordat aufgekündigt
273 werden.

274 Religion ist Privatsache und geht den Staat nichts an. Die Mitbetreuung von
275 organisatorischen Prozessen von Religionsgemeinschaften durch Behörden ist
276 genauso überholt wie die Erhebung von Daten zur Religionszugehörigkeit.
277 Öffentliche Gebäude sollen als neutrale Orte keine religiösen Symbole zur Schau
278 stellen. Konfessioneller Religionsunterricht darf an staatlichen Schulen nicht
279 verpflichtend sein – an dessen Stelle soll ein Ethikunterricht treten, der nicht
280 nur verschiedene weltanschauliche Zugänge thematisiert, sondern auch die Werte
281 unserer Verfassung vermittelt. Feiertage mit religiösem Bezug sollen abgeschafft
282 werden. Im Gegenzug sollen Arbeitnehmer Anspruch auf weitere Urlaubstage bzw.
283 Schulen auf weitere schulautonome Tage bekommen.

284 Die Bedeutung der Extremismusprävention ist unbestreitbar. Eine
285 widerstandsfähige Demokratie, die Extremismus bereits an der Wurzel bekämpft,
286 ist entscheidend für den Erhalt der Freiheit. Alle, die in Österreich leben,
287 müssen sich zum Völkerrecht und zu Menschenrechten bekennen. Wir verschließen
288 die Augen nicht vor der Gefahr extremistischer Tendenzen, ganz gleich aus
289 welcher Richtung diese kommen mögen, und geben der Wichtigkeit von
290 Extremismusprävention einen hohen Stellenwert. Vor allem auch Jugendliche sind
291 in besonderem Maße anfällig für die Vereinnahmung durch radikale, extremistische
292 Ideologien, die für sie oft identitätsstiftend sind. Hier muss früh angesetzt
293 und präventiv für Aufklärung, Beratung und Hilfe gesorgt werden.

294 **Selbstbestimmtes Leben**

295 Zu oft regiert in Österreich ein System paternalistischer Bevormundung, das die
296 Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger zugunsten einer vermeintlich
297 wohlgemeinten Bevormundungs- oder Sicherheitspolitik unterwandert. Schluss
298 damit. Österreich soll ein Land der Entfaltung werden, in dem jeder frei in
299 seinen Entscheidungen ist, offen seine Meinung sagen kann und nicht durch
300 moralische Zwänge und Regeln eingeengt wird.

301 **Liberale Drogenpolitik**

302 Die Kriminalisierung von "weichen" Drogen verhindert deren Konsum nicht,
303 verursacht aber sowohl für Konsumenten als auch für die Gesellschaft hohe

304 Kosten. So fördert die Kriminalisierung von häufig konsumierten Rauschmitteln
305 nur den Umsatz von kriminellen Organisationen, ohne den Konsum dieser in der
306 Bevölkerung nennenswert zu verringern. Ebenso birgt der unkontrollierte Absatz
307 für Endverbraucher einige Risiken - wie etwa durch Verunreinigungen und Produkte
308 von zweifelhafter Güte. Gleichermaßen stigmatisiert die Kriminalisierung
309 Konsumenten und bindet Ressourcen in Justiz und Strafvollzug. Ein
310 verantwortungsvoller Umgang mit Suchtmitteln kann nicht ausschließlich durch
311 Verbote geschaffen werden, sondern vor allem durch aktive Bewusstseinsbildung.

312 Wir fordern daher die kontrollierte Freigabe "weicher Drogen", wie etwa
313 Cannabis, Halluzinogene oder MDMA. Die durch Besteuerung dieser Substanzen neu
314 gewonnenen bzw. durch ein Einstellen der exzessiven Strafverfolgung
315 freigewordenen Mittel sollen für Aufklärungs- und Präventionsarbeit über die
316 Gefahren des Drogenkonsums eingesetzt werden. Insbesondere soll in Österreich
317 die kontrollierte Freigabe von Cannabis umgesetzt und der gewerbliche Verkauf
318 von Snus erlaubt werden. Darüber hinaus soll der Besitz von Substanzen des
319 Suchtmittelgesetzes für den persönlichen Gebrauch entkriminalisiert werden.

320 **Öffnungszeiten und Sperrzeiten frei von Biedermeier-** 321 **Sentimenten**

322 Während im Süden wie im Norden, in Italien wie Schweden, der Einzelhandel länger
323 und auch sonntags offen hat, bleibt dies in Österreich großteils verboten. Diese
324 Regel geht völlig an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei. Wir setzen uns
325 daher für eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ein, sodass der Handel
326 auch an Sonn- und Feiertagen, sowie rund um die Uhr, aufsperrbar darf.
327 Insbesondere in Zeiten des Onlinehandels soll durch diese Lockerung ein massiver
328 Wettbewerbsnachteil für heimische Betriebe abgebaut werden.

329 Auch die frühe Sperrstunde in der Gastronomie schränkt die Lebensqualität
330 insbesondere junger Leute stark ein, da das Nachtleben davon besonders betroffen
331 ist. Wir fordern daher die Abschaffung der Sperrstunden für Gaststätten und die
332 Einschränkung von Nachbarschaftsrechten wegen Lärmbelastung in belebten (Stadt-
333)Zentren. Wer in einen belebten Ort zieht, sollte sich nachher nicht über Lärm
334 und Trubel beschweren.

335 **Freie Fahrt für freie Bürger**

336 Insbesondere für die Jugend ist Mobilität der Schlüssel zur Freiheit. Deshalb
337 fordern wir einerseits einen massiv beschleunigten und sinnvollen Öffi-Ausbau in
338 allen Regionen des Landes, sehen aber andererseits einen völligen Abgang vom
339 Individualverkehr als unrealistisch. Insbesondere in ländlichen Regionen wird

340 man weiterhin auf den Individualverkehr angewiesen sein.

341 Aktuell bedarf es dazu aber meist eines Führerscheins. Die Kosten für einen
342 solchen steigen aber immer weiter und sind vielen Jugendlichen schier zu teuer.
343 Kein Wunder, wenn man sich die Regulierungen im Fahrschulbereich anschaut. So
344 erfordert die Neueröffnung einer Fahrschule unter anderem langwierige
345 Berufserfahrung in einer anderen Fahrschule, die wiederum kein Interesse an
346 potenzieller Konkurrenz haben. Die wenigen existierenden Fahrschulen können sich
347 den Markt so richten wie es ihnen passt. Das Führerschein- und Fahrschulwesen
348 ist grundlegend zu reformieren.

349 **Eine Sportdefinition, die dem 21. Jahrhundert gerecht wird**

350 In Österreich entscheidet der Staat, welche Aktivitäten als Sport anzuerkennen
351 sind. Während dies auf den ersten Blick nicht weiter relevant erscheint,
352 schließen sich an die gewählte Sportdefinition eine Reihe an Privilegien, von
353 Steuervorteilen bis zu Förderungen.

354 Um den Realitäten des 21. Jahrhundert und der fortschreitenden Digitalisierung
355 gerecht zu werden, muss die Sportdefinition dringend geupdatet werden. E-Sport
356 soll in Österreich endlich als offizielle Sportart anerkannt werden. Die stark
357 kompetitive Szene ist geprägt von großen Turnieren, die mit herkömmlichen
358 Sportbewerben längst mithalten können. Da es eine große Zahl verschiedener E-
359 Sport-Titel gibt, sollen bestimmte Indikatoren wie Wettbewerbsfähigkeit,
360 taktisches Geschick oder Reaktionsgeschwindigkeit festgelegt werden, anhand
361 derer die Einstufung einzelner Titel als gemeinnütziger Sport vorgenommen werden
362 kann. Dadurch kann auch besser auf Doping geachtet werden, da E-Sport-Verbände
363 die Möglichkeit bekommen würden Partner der NADA (WADA) zu werden.

364 **Füreinander Verantwortung übernehmen**

365 Familie heißt für das Leben anderer Menschen Verantwortung zu übernehmen. Das
366 derzeit vom Staat vorgegebene Familienbild beschneidet viele Menschen in ihrer
367 Freiheit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir fordern daher einen
368 einheitlichen rechtlichen Rahmen für eine Gemeinschaft selbstbestimmt lebender,
369 erwachsener Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, inklusive aller
370 damit einhergehender Rechte und Pflichten: die liberale
371 Verantwortungsgemeinschaft.

372 Diese soll unabhängig von einer sexuellen oder romantischen Beziehung zueinander
373 zwischen zwei oder mehreren Menschen geschlossen werden können. Unabhängig von
374 biologischer Abstammung soll auch die Begründung des Eltern-Kind-Verhältnisses

375 in der Verantwortungsgemeinschaft durch Adoption möglich sein. Sie bietet somit
376 sowohl Familien zweier Menschen mit Kindern als auch anderen Gemeinschaften
377 mehrerer erwachsener Menschen einen abgesicherten Rahmen Verantwortung zu
378 übernehmen. Einschränkend zu erwähnen sei hier, dass an allererster Stelle das
379 Kindeswohl steht.

380 **Legalisierung der Leihmutterschaft**

381 In unserer Gesellschaft gibt es zahlreiche Menschen, die nicht in der Lage sind,
382 auf natürliche Weise ein Kind zu bekommen. Dennoch sind viele von ihnen bereit,
383 Verantwortung für die Erziehung eines Kindes zu übernehmen und hegen den Wunsch,
384 ein biologisches Kind zu haben. Bedauerlicherweise bleibt dieser Traum meist
385 unerfüllt.

386 Aus diesem Grund soll die Möglichkeit der Leihmutterschaft geschaffen werden.
387 Bei der Leihmutterschaft trägt eine Frau ein Kind aus, mit dem sie genetisch
388 nicht verwandt ist und daher auch rechtlich nicht als Elternteil des Kindes
389 gilt. Nach Geburt wird die Erziehung daher an die biologischen Eltern übergeben.
390 Damit gibt sie anderen Personen die Chance, den Traum der (biologischen)
391 Elternschaft zu verwirklichen.

392 **Sichere Schwangerschaftsabbrüche**

393 Schwangerschaften sind nicht immer geplant, und es kommt vor, dass Schwangere,
394 beispielsweise aufgrund ihrer Lebensumstände, nicht den Wunsch oder die Kraft
395 haben, ein Kind zu bekommen. Wir erkennen daher an, dass es wichtig ist, dass es
396 in Österreich die legale Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs gibt.

397 Dafür muss auch ein entsprechendes Angebot zur Verfügung stehen. Fortan sollen
398 daher in allen Landeskrankenhäusern, die über eine Gebärstation verfügen,
399 Schwangerschaftsabbrüche möglich sein. Dennoch soll jeder Arzt die Möglichkeit
400 haben, die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs aus ethischen Gründen
401 abzulehnen, sofern das Leben der Schwangeren durch die Schwangerschaft nicht
402 gefährdet wird.

403 **Leistung vor Quote**

404 Letztlich ist auch festzuhalten, was den Idealen eines liberalen,
405 selbstbestimmten Lebens widerspricht. Im Rahmen aktueller Diskussion ist
406 insbesondere hervorzuheben, dass Quoten unsere Idealen diametral gegenüberstehen
407 – Leistung und Kompetenz sollen zählen, niemand soll auf sein Geschlecht, die
408 ethnische Zugehörigkeit oder vergleichbare Merkmale reduziert werden.

409 **Freiheit durch Gleichberechtigung**

410 Das staatliche Karenzmodell sollte das Prinzip einer gleichberechtigten
411 Familienverantwortung und bestmöglichen frühkindlichen Bildung fördern. Aus
412 diesem Grund soll der Anspruch auf Karenzzeit individualisiert werden, sodass
413 jedem Sorgeberechtigten sechs Monate zustehen, die nicht übertragbar sind. Diese
414 Karenzzeit kann innerhalb der ersten 14 Monate nach der Geburt angetreten
415 werden.

416 **Meinungsfreiheit hochhalten**

417 Der politische Diskurs ist geprägt von Meinungsblasen, einer Unfähigkeit andere
418 Argumente gelten zu lassen und einer fortschreitenden Polarisierung. Das Letzte,
419 was Österreich braucht, ist ein Überschwappen amerikanischer No-Platform-
420 Bewegungen. Eine Gesellschaft, in der eine kleine, laute Gruppe die bestehenden
421 Meinungen in gut und böse, moralisch und amoralisch aufteilt, bietet den besten
422 Nährboden für die Extreme. Solchen Tendenzen ist entschieden entgegenzutreten.
423 Wer nicht frei sprechen darf, wird mit der Zeit auch nicht mehr frei denken
424 können.

425 **Die Grenzen des Strafrechts**

426 Leitendes Prinzip liberaler Politik ist die größtmögliche Freiheit des Einzelnen
427 – das Strafrecht sollte geleitet von diesem Prinzip rein dem Schutz vor
428 widerrechtlichen Eingriffen durch andere dienen. Verbrechen ohne Opfer sind von
429 diesem Standpunkt aus nicht im Strafrecht abbildbar. Zudem ist in Österreich das
430 Gleichgewicht zwischen persönlichen Freiheitsrechten wie der Meinungsfreiheit
431 und dem Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit derzeit stark zu
432 Lasten der Freiheit ausgerichtet. Wir fordern daher eine Reform des Strafrechts
433 und die Abschaffung überbordender Tatbestände wie „Beleidigung“ und
434 „Herabwürdigung religiöser Lehren“.

435 **Wirtschaft und Arbeit**

436 Ein liberales Wirtschaftssystem, gründend auf Eigentums- und Vertragsfreiheit,
437 stellt den Dreh- und Angelpunkt eines funktionierenden Gesellschaftssystems dar,
438 das steigenden Wohlstand, Arbeitsplätze und Selbstverwirklichung für alle
439 Menschen ermöglicht. Insbesondere junge Menschen wollen anpacken und etwas
440 erreichen – wir müssen dafür sorgen, dass ihnen dabei keine Steine in den Weg
441 gelegt werden.

442 **Freies Unternehmertum statt Überregulierung**

443 Nicht der Staat schafft und sichert den Wohlstand in Österreich, sondern unsere
444 (Klein- und Mittel) Unternehmer. Diese schaffen Arbeitsplätze und produzieren
445 die benötigten Güter bzw. bieten entsprechende Dienstleistungen an. Sie sind, in
446 anderen Worten, die Experten im Bereich Wirtschaft. In diesem Sinne muss sich
447 die staatliche Regulierung darauf beschränken, Mindeststandards für den Schutz
448 von Arbeitnehmern und Konsumenten zu garantieren. Um der Überregulierung in
449 Österreich Einhalt zu gebieten, soll der Gesetzgeber kurz- bis mittelfristig für
450 jede neue Regulierung, die Unternehmen betrifft, zwei Regulierungen außer Kraft
451 setzen. Richtschnur soll hierbei sein, dass jeder Euro an Mehrkosten durch den
452 doppelten Betrag an Erleichterungen kompensiert wird.

453 Um innovatives Unternehmertum nicht weiter zu behindern, soll auch eine
454 komplette Neuorganisation der Gewerbeordnung erfolgen, sodass nur noch Gewerbe
455 reguliert werden, die Leib und Leben unmittelbar bedrohen. Ebenso sind
456 staatlicher Gebietsschutz und die Beschränkung der Öffnungszeiten veraltet und
457 gehören abgeschafft.

458 **Startups und Innovation**

459 Neugründungen und Startups sind entscheidend für die Förderung von Innovation,
460 machen die Wirtschaft diverser und widerstandsfähiger und tragen maßgeblich zur
461 Gestaltung der Zukunft bei. Wer heute ein Unternehmen gründen will, stößt
462 allerdings auf viele unnötige bürokratische und finanzielle Hürden. Daher
463 braucht es eine Vereinfachung und Verbilligung von Gründungsprozessen - die
464 Gründung einer Gesellschaft soll ohne hohe Kosten und formale Erschwernisse
465 innerhalb von 24 Stunden möglich sein. Zudem sollen die Kammerbeiträge im
466 Gründungsjahr entfallen und, sollte ein Unternehmen im ersten Jahr bereits
467 Personal beschäftigen, sämtliche Lohnnebenkosten für die ersten drei Mitarbeiter
468 eines Unternehmens im ersten Jahr ausgesetzt werden.

469 Es soll außerdem ein teilprivatisierter Gründungsfonds geschaffen werden, der
470 schnell und unbürokratisch Gründungskredite an junge Unternehmer vergibt.
471 Investitionen in den Fonds sollen KEST-befreit geleistet werden können. Der
472 Fonds kann so als Risikokapitalgeber fungieren und innovative Startups
473 unterstützen, die zwar vielversprechende Ideen haben, jedoch nicht über
474 ausreichende Sicherheiten verfügen, um herkömmliche Bankkredite zu erhalten.

475 Die Einführung einer Austria Limited als Gesellschaftsform soll jungen
476 Unternehmern die Gründung einer Kapitalgesellschaft erleichtern. Die Austria
477 Limited verfügt über Rechtspersönlichkeit und bietet die typische beschränkte
478 Haftung. Die Mindesteinlage der Limited soll bei 1 € statt wie bisher 35.000 €
479 bei einer GmbH liegen. Um den Wettbewerb nicht zu verzerren, können nur
480 natürliche Personen Inhaber sein. Wenn die Austria Limited einen Umsatz von 1

481 Mio. € oder zweimal hintereinander 700.000 € erreicht, wird sie automatisch in
482 eine GmbH umgewandelt. Der noch ausstehende Betrag für die Mindesteinlage einer
483 GmbH muss zu diesem Zeitpunkt aufgezahlt bzw. eingebracht und von der Steuer
484 befreit werden.

485 Um Österreich auch als internationalen Start-Up Hotspot etablieren zu können,
486 sollen durch eine europäische e-Residency nach estnischem Vorbild auch Personen
487 aus Drittstaaten an der österreichischen Wirtschaft teilnehmen und Unternehmen
488 gründen können.

489 **Tschüss Kammerstaat**

490 Interessenvertretungen spielen zweifellos eine entscheidende Rolle bei der
491 Koordination von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Die stärksten
492 Interessenvertretungen, wie in Österreich die Gewerkschaften, leben aber von
493 einer freiwilligen Mitgliedschaft. Denn nur so ist eine Interessenvertretung
494 gezwungen für ihre Mitglieder effektiv zu arbeiten und kann sich nicht auf einem
495 immerwährenden Geldfluss ihrer Zwangsbeiträge ausruhen. Daher sollen die
496 bestehenden Zwangsmitgliedschaften abgeschafft werden. Bis zur Einführung der
497 freiwilligen Mitgliedschaft, die dann auch kompetitivere Beitragshöhen mit sich
498 bringt, sollen die verpflichtenden Umlagen der Kammern drastisch gesenkt werden.
499 Darüber hinaus sind in der österreichischen Verfassung verankerte Kammern nicht
500 notwendig, da freiwillige Interessenvertretungen ausreichend Möglichkeiten
501 bieten, sich vertreten zu lassen.

502 **Weniger Steuern, mehr Freiheit**

503 Die Steuerlast in Österreich ist im internationalen Vergleich erdrückend hoch,
504 wodurch für viele Bürger das Leben kaum noch leistbar ist. Ein gerechtes
505 Steuersystem entlastet nicht nur den Faktor Arbeit, sondern minimiert auch die
506 Verwaltungskosten und streicht Ausnahmeregelungen einzelner einflussreicher
507 Interessensgruppen. Durch Simplizität und Effizienz kann das Steuersystem
508 gerecht und transparent gestaltet werden.

509 Die Einkommensteuer soll radikal auf einen einheitlichen Steuersatz von 25%
510 gesenkt werden. Der Freibetrag soll dabei der Armutsgrenze entsprechen und
511 jährlich angepasst werden, wodurch sich eine indirekte Progression im Steuersatz
512 ergibt, da der Grenz- und Durchschnittssteuersatz mit zunehmendem Einkommen
513 ansteigen. Auch das Einkommen von Körperschaften soll einheitlich mit 25%
514 besteuert werden.

515 Generell befürworten wir eine Senkung der Steuerlast und setzen uns gegen die

516 Einführung neuer Steuern ein. Bagatellsteuern wie die Biersteuer, die nur einen
517 marginalen Teil der gesamten Steuereinnahmen ausmachen, sollen abgeschafft
518 werden. Eine neue Substanzsteuer auf Vermögen lehnen wir als groben Eingriff in
519 das Recht auf Eigentum und zwangsläufig auch in das Recht auf Privatsphäre
520 entschieden ab.

521 Um eine nachhaltige Verringerung der Steuer- und Abgabenlast zu erwirken, soll
522 eine Steuer- und Abgabengrenze im Verfassungsrang eingeführt werden.
523 Budgetentwürfe des Bundes sollen dabei nicht so ausgestaltet werden dürfen, dass
524 sie zu einer Steuer- und Abgabenbelastung führen, die den Wert von 40 Prozent
525 des BIPs übersteigt.

526 **Freie und flexible Arbeitswelt**

527 Überbordende staatliche, aber auch sozialpartnerschaftliche Interventionen und
528 Erschwernisse zu Lasten der Freiheit der Arbeitnehmer schaden dem Arbeitsmarkt.
529 Der Staat soll auch hier lediglich Mindeststandards zum Schutz von Leib und
530 Leben festschreiben. Arbeitsrechtliche Vorschriften müssen dringend
531 entbürokratisiert werden, sodass es für Unternehmen leichter wird neue
532 Arbeitskräfte einzustellen.

533 Wir sind entschieden gegen gesetzliche Mindestlöhne. Solche Vorschriften schaden
534 dem Standort Österreich und bringen das Gleichgewicht zwischen Entlohnung und
535 Produktivität aus dem Lot. Ebenso lehnen wir wirtschaftsschädigende Maßnahmen
536 wie eine gesetzlich vorgeschriebene 32-Stunden-Woche ab. Vereinbarungen sollen
537 zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf individueller oder betrieblicher Ebene
538 getroffen werden – um dabei unterschiedliche Arbeits- und Lebensrealitäten
539 abbilden zu können, soll es einen größtmöglichen gesetzlichen Spielraum geben.

540 Durch eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten sollen sowohl Arbeitnehmer als
541 auch Arbeitgeber entlastet werden. Das erleichtert es Unternehmen beispielsweise
542 neue Mitarbeiter einzustellen und Arbeitnehmer profitieren von höheren
543 Nettolöhnen. Unter anderem soll Arbeitnehmern durch die Zusammenlegung der
544 staatlichen Krankenkassen und die Abschaffung der Pflichtversicherung mehr Geld
545 übrigbleiben, das sie frei, aber verpflichtend, für ein Paket an sozialer
546 Absicherung ihrer Wahl einsetzen können.

547 **Fachkräfte willkommen heißen**

548 Die österreichische Wirtschaft ist auf Fachkräfte angewiesen. Ein wichtiger
549 Baustein, um den Fachkräftemangel zu lindern, ist eine sinnvolle Strategie für
550 qualifizierte Zuwanderung. Wir sehen geordnete Zuwanderung als Chance, unserer

551 demographischen Entwicklung und dem derzeitigen Fachkräftemangel
552 entgegenzutreten. Wir müssen das System bestehend aus quotenbasierten
553 Aufenthaltstiteln, Saisonier-Kontingenten und reformbedürftiger Rot-Weiß Rot-
554 Card, erneuern und auf ein Kriteriensystem nach dem Vorbild Kanadas auf
555 europäischer Ebene hinarbeiten.

556 **Soziales und Gesundheit**

557 Die Freiheit des Einzelnen ist für uns das höchste Gut in einer Gesellschaft. Um
558 diese Freiheit und Unabhängigkeit in allen Lebenslagen zu bewahren, braucht es
559 ein staatliches Sozialsystem als Auffangnetz, das die Würde des Individuums auch
560 in Zeiten von persönlichen Rückschlägen oder gesundheitlichen Notlagen schützt
561 und stets ein Mindestmaß an Sicherheit garantiert.

562 **Liberales Bürgergeld - Eine radikale Neuordnung des** 563 **Sozialsystems**

564 Ein prägendes Leitmotiv unseres Weltbildes und Konsequenz jeder Freiheit bleibt
565 die Eigenverantwortung. Wenn Bürger in Notlagen kommen, ist es jedoch Aufgabe
566 der Gesellschaft, diesen Menschen die Hand zu reichen und ihnen wieder auf die
567 Beine zu helfen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, soll ein liberales
568 Bürgergeld eingeführt werden. Dieses tritt an die Stelle aller anderer
569 Sozialleistungen und bündelt in einem übersichtlichen, effizienten und gerechten
570 System finanzielle Mittel des Lebensunterhaltes.

571 Das liberale Bürgergeld folgt dabei folgendem Modus: Zuerst wird ein
572 Grundeinkommen festgelegt, dies stellt den Höchstbetrag dar, der ausgezahlt
573 werden kann, und somit auch den Mindestbetrag, den ein Mensch in Österreich zum
574 Leben hat. Das volle Grundeinkommen wird dann ausgezahlt, wenn ein Bürger gar
575 keine Einkünfte erzielt. Sobald man aber ein Einkommen hat, wird das ausgezahlte
576 Bürgergeld entsprechend dem gewählten Referenzsatz reduziert. Dieser
577 Referenzsatz ist dabei jedenfalls unter 50% anzusetzen, sodass jeder selbständig
578 verdiente Euro einen Zugewinn darstellt. Zur Illustration: Bei einem
579 Referenzsatz von exakt 50% und einem Grundeinkommen von 1.000 € würde Peter ganz
580 ohne selbständige Einkünfte exakt 1.000 € ausbezahlt bekommen, während Sandra
581 mit selbständigen Einkünften in Höhe von 1.000 € exakt 1.500 € in der Tasche
582 blieben. Die exakten Werte orientieren sich an Referenzbudgets, die unter
583 Mitwirkung von Experten und Betroffenen erstellt und evaluiert werden.

584 Das liberale Bürgergeld bietet außerdem ein System beispielloser
585 Übersichtlichkeit und Effizienz, das eine radikale Reduktion der
586 Verwaltungskosten mit sich bringt. Durch die hohe Treffsicherheit und

587 Transparenz ist das liberale Bürgergeld das gerechteste und sozial
588 verantwortlichste System, das gleichermaßen als Auffangnetz bei Notlagen
589 bereitsteht, aber keinesfalls als dauerhafte Hängematte dient.

590 **Fördern und fordern**

591 Durch den ständig bestehenden Arbeitsanreiz, der dem liberalen Bürgergeld
592 zugrunde liegt, werden Inaktivitätsfallen und damit einhergehende Abhängigkeiten
593 verhindert und der Wiedereintritt in Eigenverantwortung und Autonomie gefördert.
594 Als letzten Schritt sind Sanktionen bei Nicht-Aannahme einer zumutbaren
595 Arbeitsstelle in Form von Kürzungen von Sach- und Geldleistungen vorgesehen.
596 Arbeitssuchenden ist außerdem der Arbeitseintritt durch Hilfestellungen zur
597 Weiterbildung zu erleichtern. Hierfür sollen Langzeitarbeitslosen spezielle
598 Bildungsschecks zur Verfügung gestellt werden, die sie für eine Weiterbildung
599 ihrer Wahl einsetzen können.

600 **Hochqualitative Gesundheitsversorgung durch eine** 601 **Versicherungspflicht**

602 Qualität, Effizienz und Innovation entstehen durch Wettbewerb. Das gilt auch, wo
603 es um Leben und Tod geht. Deshalb wollen wir anstatt des derzeitigen Systems der
604 staatlichen Pflichtversicherung eine Versicherungspflicht einführen. Die
605 Versicherung muss dabei einen gesetzlich festgelegten Mindeststandard an
606 Leistungen umfassen. Bürger haben dabei die Wahl zwischen diversen privaten und
607 einem öffentlichen Anbieter.

608 Bei privaten Krankenversicherungen ist es essenziell, dem Versicherer ohne
609 Vorbehalt vertrauen zu können. Daher muss eine hohe Risikoabsicherung und
610 Eigenkapitalquote festgeschrieben werden. Auf Seite der Versicherungsnehmer kann
611 und soll der Lebensstil die Versicherungsprämien beeinflussen. So könnten die
612 Beiträge, wie beispielsweise in Deutschland Usus, sinken, wenn man mehrere
613 Vorsorgeuntersuchungen absolviert.

614 Im öffentlichen Bereich erfordert der aktuell verantwortungslose Umgang mit
615 öffentlichen Mitteln eine grundlegende Strukturbereinigung, wobei nicht bei den
616 Patienten gespart werden darf. Deshalb wollen wir Schluss mit dem ineffizienten
617 und viel zu teuren Versicherungssystem machen und fordern die sofortige
618 Zusammenlegung aller Krankenkassen zu einer einzigen staatlichen Kasse.

619 Die Organisation der Kasse soll sich an internationalen Best-Practice-Beispielen
620 orientieren, straff und effizient aufgebaut sein und sämtliche Partei- und
621 Klientelpolitik außen vor lassen. Zu den Aufgaben dieser staatlichen

622 Krankenkasse sollen sowohl medizinische Grundversorgung, Prävention als auch
623 Pflege zählen.

624 **Moderne Gesundheitsinfrastruktur**

625 In einem nationalen Gesundheitskonzept stammen Versorgung, Prävention, und
626 Pflege aus einer Feder. So kann eine verbindliche Planung der öffentlichen
627 Gesundheitsinfrastruktur auf Basis gesundheitspolitischer Kriterien und abseits
628 von Prestigeüberlegungen gelingen. Dafür muss die Hoheit über die
629 Spitalsinfrastruktur dem Bund übertragen werden.

630 Krankenhäuser und ihre Notaufnahmen müssen entlastet werden.
631 Primärversorgungszentren, in denen mehrere Ärzte und weiteres medizinisches
632 Personal arbeiten, sollen als erste Anlaufstelle für Patienten dienen. Nur bei
633 Bedarf soll eine Zuweisung an Fachärzte innerhalb eines Versorgungszentrums oder
634 an andere Gesundheitseinrichtungen erfolgen.

635 Zusätzlich muss die medizinische Ausbildung reformiert werden, hin zu mehr
636 Praxisorientierung. Medizinisch-pflegerischem, -technischem oder pharmazeutischem
637 Personal soll bei Erlangen der entsprechenden Fähigkeiten außerdem mehr
638 medizinische Kompetenz eingeräumt werden. Dies gibt diesen Berufsständen
639 Aufstiegsperspektiven, entlastet Ärzte in ihrer Arbeit und führt allgemein zu
640 einem effizienteren Arbeitsablauf.

641 **Der mündige Patient**

642 Wir stellen die Mündigkeit des Patienten in den Mittelpunkt des
643 Gesundheitssystems, da nur dieser volle Verantwortung für sich und seine
644 Gesundheit tragen kann. Der mündige Patient gestaltet seinen Genesungsprozess
645 aktiv mit. Er entscheidet, wenn möglich, nach Aufklärung und Beratung gemeinsam
646 mit seinem Arzt über die anzuwendende Behandlung.

647 In der Konsequenz ist es auch Entscheidung des Einzelnen, seinem Leben ein Ende
648 zu setzen, in Einklang mit den eigenen Vorstellungen von Lebensqualität und
649 Sinnhaftigkeit. Dieser Akt autonomer Selbstbestimmung ist von Staat und
650 Gesellschaft zu respektieren. Dafür soll und darf auch bei Dritten Hilfe gesucht
651 und in Anspruch genommen werden. Im Rahmen des Gesundheitssystems, muss auch die
652 aktive Sterbehilfe ermöglicht werden – inklusive des Zugangs zu entsprechenden
653 Medikamenten.

654 **Pensionen und Kapitalvorsorge**

655 Der in Österreich beschworene Generationenvertrag ist gescheitert. Dies
656 bestätigt ein Blick auf Österreichs Demographie. Es ist mathematisch
657 ausgeschlossen, dass die geburtenschwachen Jahrgänge der jüngeren Zeit während
658 ihrer Erwerbstätigkeit die Pensionszahlungen der Babyboomer finanzieren können.
659 Das Pensionssystem wird von einer untätigen, wahlgetriebenen Politik gegen die
660 Wand gefahren – zu Lasten der Jungen Generationen. Wir fordern daher einen
661 Systemwechsel: Durch ein Beitragssystem sichert sich jeder Bürger durch seine
662 Beiträge die eigene Altersvorsorge, durch eine Aktienpension wird ein Teil der
663 allgemeinen Beiträge langfristig wertsteigernd veranlagt und durch zukunftsfitte
664 Kapitalmarktmarktpolitik wird die private, individuelle Vorsorge erleichtert.

665 **Generationengerechtes Beitragssystem**

666 Eine echte Pensionsreform: weg vom demographisch unhaltbaren Umlageverfahren hin
667 zu einem zukunftsfittem Beitragssystem. In diesem System hat jeder Bürger sein
668 eigenes Pensionskonto, über dessen Status Quo regelmäßig Auskunft erteilt wird.
669 Entsprechend der statistisch zu erwartenden Lebenserwartung werden dann auch die
670 aktuell bestehenden Möglichkeiten von Pensionsauszahlungen angezeigt. Diese
671 variieren, je nach gewünschtem Pensionseintritt, automatisch entsprechend der
672 unterschiedlichen Laufzeit. Ein Regelpensionsalter existiert nicht. Die
673 Inanspruchnahme der Pensionsauszahlungen kann erfolgen, sobald ein Mindestniveau
674 an monatlicher Auszahlung (= Existenzminimum) erreicht wurde. Die Umsetzung
675 dieser Reform der ersten Säule des Pensionssystems, ist natürlich nur
676 stufenweise und zeitlich gestreckt möglich.

677 Sollten die eigenen Pensionsbeiträge keine ausreichende Altersvorsorge
678 sicherstellen, greift auch bei den Pensionen das System des liberalen
679 Bürgergeldes. So rentiert sich jeder für die eigene Pension eingezahlte Euro
680 weiterhin, wobei gleichzeitig effektiv gegen Altersarmut geschützt wird.

681 Gleichzeitig muss sich Arbeit und Zuverdienst auch im Pensionsalter lohnen und
682 erlaubt sein. Wir fordern daher, dass auf Wunsch vorerst auch nur eine
683 Teilpension in Höhe von 25%, 50% oder 75% der monatlichen Pensionszahlungen
684 konsumiert werden kann, wenn zum Beispiel noch einer geringen Erwerbstätigkeit
685 nachgegangen wird. Die dadurch eingesparten Pensionszahlungen können dann später
686 abgerufen werden.

687 **Aktienpension**

688 Unter den Überbegriff Aktienpension fallen pensionssichernde Lösungen, die auf
689 dem Kapitalmarkt basieren. Wir fordern die Einführung eines Staatsfonds nach
690 Vorbild Schwedens als Ergänzung der ersten Säule unseres Pensionssystems. Dieser

691 Fond soll mit mindestens einer Milliarde Euro gedeckt sein, die Betreuung soll
692 ausgeschrieben werden und im Resultat unabhängigen, professionellen
693 Anlegeinstitutionen obliegen. Durch diesen Staatsfonds werden die in das
694 aktuelle Umlagesystem oder das noch umzusetzende Beitragssystem eingezahlten
695 Beiträge kapitalgedeckt veranlagt. Langfristig steigt somit das Volumen der
696 Gelder in der ersten Säule.

697 Zusätzlich muss auch die individuelle Pensionsvorsorge gestärkt werden.
698 Einerseits soll jeder Bürger einen Teil seines Einkommens zur Veranlagung
699 steuerfrei in den neuen Staatsfonds einzahlen können, um so seine Pension zu
700 stärken. Andererseits soll die betriebliche Zusatzvorsorge geöffnet werden,
701 sodass Arbeitnehmer hier entsprechend ihren Bedürfnissen in eine Vorsorgekasse
702 ihrer Wahl einzahlen können, um so unkompliziert und ohne Kosten vom
703 Kapitalmarkt profitieren zu können.

704 **Individuelle Kapitalvorsorge fördern**

705 Bis zu einer echten Pensionsreform bleibt die individuelle Kapital- und
706 Altersvorsorge unerlässlich. Das absolute Mindestmaß an Verantwortung für die
707 nächste Generation, das vom österreichischen Gesetzgeber zu erwarten ist, ist
708 daher die Vereinfachung und Entlastung der individuellen Vorsorge.

709 Essenziell ist dafür die Wiedereinführung der Behaltefrist von einem Jahr, in
710 der Form, wie sie bereits bis 2012 in Kraft war. So entfällt für private Anleger
711 die KEST auf Kursgewinne für langfristig gehaltene Wertpapiere. Zusätzlich soll
712 es vereinfacht werden, sein Aktiendepot umzuschichten. So senkt man die Hürden,
713 die mit der Auswahl der Positionen eines Depots verbunden sind, indem spätere
714 Korrekturen ohne anfallende Kosten oder Steuern durchgeführt werden können.

715 Die vor allem bei jungen Generationen beliebten Kryptowährungen sollen sich in
716 Besteuerung und Handhabung nicht von anderen Wertaufbewahrungsmitteln wie Gold
717 unterscheiden. Dies umschließt auch die Abschaffung der Verifizierungspflichten
718 von Kryptowallets.

719 Letztlich soll der Zugang zum Finanzmarkt und das Wissen über Kapital- und
720 Altersvorsorge nicht einer gutbürgerlichen Bildungselite vorbehalten sein. Daher
721 muss jede österreichische Schulbildung Kompetenzen im Bereich Financial Literacy
722 beinhalten, die primär von externen Experten und durch direkte praktische
723 Erfahrung, beispielsweise über die Verwendung von Musterdepots, vermittelt
724 werden sollen.

725 **Notmaßnahmen**

726 Bis die nötige Pensionsreform endlich umgesetzt werden kann, müssen zusätzlich
727 zu den oben beschriebenen Vereinfachungen der individuellen Kapitalvorsorge,
728 mehrere Notmaßnahmen ergriffen werden. Ziel dieser ist die Abwendung einer
729 völlig aus dem Ruder geratenen, finanziell nicht mehr stemmbaren Pensionspolitik
730 zu mehr Kostenwahrheit im System.

731 Sämtliche Sonderregelungen und Pensionsprivilegien müssen sofort abgeschafft
732 werden. Alle staatlichen Pensionen sind in das ASVG zu überführen. Pensionen
733 über der ASVG-Höchst Pension sind nach Höhe der im Erwerbsleben tatsächlich
734 geleisteten Beiträge zu kürzen, wobei die Kürzungen versicherungsmathematisch
735 korrekt zu berechnen ist. Bei einem Pensionsantritt vor dem Referenzalter von
736 derzeit 65 Jahren sind gleichermaßen Abschläge zu berechnen. Durch diese
737 Maßnahmen muss sichergestellt werden, dass jedenfalls nicht noch mehr Geld aus
738 dem Staatstopf in die Aufrechterhaltung unseres Pensionssystem fließt.

739 **Wohnen**

740 Wohnen stellt ein menschliches Grundbedürfnis dar. Jedem Bürger soll ein
741 Wohnangebot nach seinen individuellen Bedürfnissen offenstehen. Der Zugang zu
742 einer Mietwohnung darf dabei nicht von Alter, Glück oder Kontakten abhängen. Und
743 auch der Traum vom Eigenheim muss in Österreich aus eigener Kraft realisierbar
744 sein.

745 **Mietfreiheit statt Mietfallen**

746 Für ein Dach über dem Kopf sorgt der Zugang zu einem offenen Wohnungsmarkt mit
747 einem ausgewogenen, vielfältigen Angebot. Ein solches Angebot kann aber nur dort
748 entstehen, wo faire Verhältnisse zwischen Eigentümern und Mietern herrschen, die
749 den Markt beleben und Wohnbau attraktiv machen.

750 Das in Österreich historisch gewachsene Mietrecht ist mittlerweile eines der
751 europaweit restriktivsten. Während die in Kraft gesetzten Regelungen aus
752 redlichen Motiven – dem Schutz der Mieter und insbesondere spezieller Gruppen
753 von Mietern – entstanden sind, sind diese vielfach nicht mehr zeitgemäß und in
754 ihrem Gesamtausmaß schädlich für den Wohnungsmarkt. So sprechen die Zahlen oft
755 gegen Renovierungen oder Neubauten, und so verhindert der starke Bestandschutz
756 für Altmietler eine effektive Allokation des Wohnungsangebots zu Lasten der
757 jungen Generationen.

758 Das Mietrecht muss folglich dringend flexibilisiert und liberalisiert werden.
759 Marktmechanismen dürfen nicht weiter durch überbordende Staatseingriffe
760 ausgesetzt werden, insbesondere bei Altbauten im Vollenwendungsbereich des MRG.

761 Daher muss das Verhältnis Mieter – Vermieter neu geordnet werden: Insbesondere
762 sollen Mietverträge im Sinne der Privatautonomie sowohl vom Mieter als auch vom
763 Vermieter unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist gekündigt werden können. Da
764 der Mieter von einer Kündigung üblicherweise stärker betroffen ist, sind gewisse
765 Mieterschutzbestimmungen zu achten. Dazu gehören eine angemessene
766 Kündigungsfrist und Rücksichtnahme auf besondere Schutzbedürftigkeit, wie bei
767 Schwangerschaft, Behinderung oder hohem Alter. Auch die Möglichkeit in
768 Altverträge eintreten zu können, muss auf Ausnahmesituationen beschränkt werden,
769 um so das Phänomen des sogenannten „Mietadels“ zu unterbinden. Zudem sollen sich
770 die Miethöhen grundsätzlich am Markt durch Angebot und Nachfrage bilden.

771 Diese Maßnahmen machen den privaten Wohnungsmarkt wesentlich attraktiver, was
772 Investitionen begünstigt, Angebot schafft und schließlich die Preise auf
773 angemessenem Niveau hält. Populistische Forderungen nach generellen
774 Mietendeckeln, Leerstandsabgaben und Zweitwohnsitzabgaben lehnen wir ab. Diese
775 schaffen keine einzige zusätzliche Wohnung, sondern verschärfen die bestehenden
776 Probleme weiter.

777 **Menschen statt Mauern fördern**

778 Personen mit einem geringen Einkommen, die marktübliche Mieten nicht aus eigener
779 Kraft stemmen können, müssen durch die öffentliche Hand gestützt werden.
780 Subjektförderungen, also finanzielle Beihilfen für Individuen in Einklang mit
781 dem liberalen Bürgergeld, sind der richtige Weg, um soziale Härten abzufangen.
782 Insbesondere die mangelnde Flexibilität und die fehlende soziale Treffsicherheit
783 machen die Objektförderung zu einem oftmals untauglichen Mittel, um in Zukunft
784 für leistbaren, attraktiven Wohnraum zu sorgen.

785 **Günstige Mieten bauen**

786 Wir wollen Bauen günstiger machen. Durch die Vielzahl von Vorschriften entstehen
787 massive Kosten. Unser Ziel ist es, kostenverursachende Normen und unnötige
788 Vorschriften (z.B. überschießende Stellplatzverordnung) auf Bundes-, Landes- und
789 vor allem Gemeindeebene zu verringern und zu vermeiden und den Entscheidern eine
790 transparente Grundlage für ihr Handeln zur Verfügung zu stellen. Bei
791 sicherheitsrelevanten Themen soll zukünftig ein strenges Haftungsrecht die
792 überhandnehmenden Gebote und Verbote ablösen.

793 **Das erste Eigenheim**

794 Der Traum von den eigenen vier Wänden muss Realität werden können. Um dies
795 leichter zu verwirklichen, fordern wir einen Strauß an Maßnahmen, die den Kauf

796 einer neuen Immobilie vergünstigen. Insbesondere die Aussetzung der
797 Grunderwerbsteuer beim Kauf der ersten Immobilie, sowie die Abschaffung der
798 Grundbuchgebühren erachten wir als essenziell.

799 Zudem wollen wir Mietkauf-Modelle ausbauen. Bewohner von Gemeinde- oder
800 Genossenschaftswohnungen sollen die Option erhalten, ihre derzeitigen
801 Mietverträge in Mietkaufverträge umzuwandeln. Wir schlagen ein Flexi-Mietkauf-
802 System vor, nach welcher der Betroffene während der Phase eines Mietkaufs seine
803 Wohnung wechseln kann. Bisherige Zahlungen sollen für den Mietkauf der neuen
804 Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung angerechnet werden.

805 **Sozial treffsicherer Wohnbau**

806 Der soziale Wohnbau soll in erster Linie jenen zugutekommen, die ihn wirklich
807 benötigen. Sozialer Wohnbau hat aber nicht die Funktion über Steuermittel
808 privilegiertes Wohnen zu ermöglichen. Deshalb fordern wir ein unbürokratisches
809 Einkommensmonitoring, um die soziale Treffsicherheit zu erhöhen. Außerdem muss
810 die Vergabe von „sozialen“ Wohnungen endlich transparent ablaufen. Es braucht
811 objektive und transparente Kriterien, die die Lebensrealität von jungen Menschen
812 berücksichtigen.

813 **Raumplanung - Neu bauen mit Plan**

814 Neubauprojekte sollen kosteneffizient und ökologisch sinnvoll gebündelt werden.
815 Statt zersiedelten Gebieten, braucht es kompaktere Siedlungskerne. Um diese zu
816 verwirklichen, fordern wir, dass die Flächenwidmungskompetenz den Gemeinden
817 entzogen und auf eine überregionale Ebene übertragen wird.

818 Wir stehen zum Prinzip der qualitätvollen Innenverdichtung. Wohnraum muss
819 wieder in die Höhe und nicht mehr in die Breite wachsen und dazu müssen
820 Baurichtlinien gelockert werden. Die Verdichtung eines Siedlungskernes muss
821 dabei einhergehen mit dem Ausbau von Infrastruktur, die nachhaltige Mobilität
822 sicher ermöglicht und durch umfassende Begrünung im öffentlichen Raum begleitet
823 werden.

824 Dafür soll die baulich schwierige und daher teure Bebauung von bereits
825 versiegelten Flächen und das Füllen von innerörtlichen Lücken steuerlich
826 begünstigt werden. Außerdem müssen baurechtliche Richtlinien vereinfacht werden,
827 um die Sanierung von alten Gebäuden zu erleichtern und kostengünstigeres Bauen
828 zu ermöglichen.

829 **Klima und Umwelt**

830 Der Schutz unseres Planeten ist die drängendste globale Herausforderung. Wir
831 setzen uns für einen umweltbewussten Ansatz ein, der auf individuellen
832 Freiheiten, wirtschaftlicher Entwicklung und verantwortungsvoller Nutzung
833 unserer Ressourcen basiert. Dabei gehen Ökologie und Ökonomie Hand in Hand, denn
834 nur, wenn es gelingt, Konsumbedürfnisse insbesondere im Energiebereich sicher,
835 sauber und bezahlbar zu befriedigen, kann Umwelt- und Klimapolitik gelingen.
836 Dafür müssen innovative Lösungen forciert und Marktmechanismen genutzt werden,
837 um die Klimaziele unter Wahrung persönlicher wie wirtschaftlicher Freiheit zu
838 erreichen.

839 **Lenkungseffekte nutzen**

840 Wir setzen auf einen marktwirtschaftlichen Ansatz, bei dem die Kosten von
841 Klimabelastungen grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip verteilt werden.
842 Dafür müssen klimaschädliche Externalitäten internalisiert und somit in die
843 Preisbildung einbezogen werden. Unternehmer wie Individuen haben so direkte
844 Anreize, auf umweltfreundliche Verhaltensweisen und Produkte zu setzen. Konkret
845 soll daher in Kombination mit innovationsfördernden Maßnahmen ein EU-weiter CO₂-
846 Preis eingeführt werden.

847 Wir setzen uns außerdem für die Einführung von CO₂-Zöllen ein, um internationale
848 Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen. Durch diese kann
849 sichergestellt werden, dass für Unternehmen aus Ländern mit strengeren
850 Umweltauflagen kein Wettbewerbsnachteil entsteht.

851 Im Sinne der ökologischen Kostenwahrheit müssen außerdem sämtliche fossile
852 Subventionen, wie etwa des Dieselprivilegs und der Pendlerpauschale gestoppt
853 werden. Die Förderung von zusätzlicher Feinstaub- und CO₂-Belastung steht in
854 diametralem Widerspruch zu allen Bemühungen, die Folgen des Klimawandels
855 einzudämmen.

856 **Energiestrategie für eine nachhaltige Zukunft**

857 Wir bekennen uns zu einer zukunftsorientierten Energiestrategie, die auf
858 marktwirtschaftlichen Prinzipien, technologischer Innovation und individueller
859 Entscheidungsfreiheit fußt. Unser Ziel ist es, eine nachhaltige und stabile
860 Energieversorgung sicherzustellen, welche die Umwelt schont und unseren
861 gesellschaftlichen Wohlstand sichert.

862 Wir setzen auf die Förderung von Forschung und Entwicklung, um innovative
863 Technologien voranzutreiben. Für private Unternehmen, Startups sowie Hochschulen
864 sollen Anreize geschaffen werden, um innovative Lösungen zu erarbeiten.

865 Insbesondere soll auch die Forschung im Bereich der Energiespeicherung gefördert
866 werden, um beständige Lösungen für ein zuverlässiges Energiesystem zu
867 entwickeln.

868 In vielen Bundesländern verhindern Zonierungsgesetze effektiv den Bau von
869 Windkraftanlagen. Diese sollen angepasst und gelockert werden, sodass die
870 Entwicklung erneuerbarer Windenergien vorangetrieben werden kann.

871 Wir befürworten eine diversifizierte Energieversorgung, die auf verschiedenen
872 Energiequellen basiert, einschließlich erneuerbarer Energien wie Solarenergie,
873 Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Zugleich unterstützen wir
874 eine technologieoffene Debatte, um auch über die Nutzung von Kernenergie und
875 sauberer fossiler Energien wie Erdgas sachlich zu diskutieren. Um den
876 Energieverbrauch zu optimieren und Ressourcen zu schonen, setzen wir auf
877 Effizienzmaßnahmen und intelligente Technologien.

878 **Naturschutz durch Renaturierung**

879 Naturschutz durch Renaturierung von Ökosystemen ist von zentraler Bedeutung für
880 den Erhalt der Biodiversität und die Wiederherstellung von natürlichen
881 Lebensräumen. Dabei werden Ökosysteme, die durch menschliche Aktivitäten
882 geschädigt wurden, durch gezielte Maßnahmen revitalisiert und in ihren
883 natürlichen, funktionalen Zustand zurückgeführt. So können Feuchtgebiete
884 wiederhergestellt, Waldgebiete aufgeforstet und Flussläufe sowie Uferzonen
885 renaturiert werden. Ein weiterer entscheidender Aspekt der Renaturierung ist das
886 Management invasiver Arten, um die heimische Flora und Fauna zu schützen.

887 **Stärkung von Schutzgebieten und nachhaltigem Tourismus**

888 Eine effektive Verwaltung und Erweiterung von Schutzgebieten sind von
889 entscheidender Bedeutung, um die natürliche Vielfalt zu schützen. Durch eine
890 professionelle und gut koordinierte Verwaltung können Ökosysteme bewahrt,
891 bedrohte Arten geschützt sowie der Erholungswert für Besucher gewährleistet
892 werden.

893 Nachhaltiger Tourismus respektiert die ökologischen, sozialen und
894 wirtschaftlichen Grenzen einer Destination. Dies bedeutet, Tourismus zu fördern,
895 der lokale Gemeinschaften unterstützt, die Umwelt respektiert und den Besuchern
896 ein authentisches Naturerlebnis bietet, ohne die Natur zu schädigen. Die
897 Zusammenarbeit mit touristischen Unternehmen und Verbänden ist entscheidend, um
898 nachhaltige Praktiken zu fördern. Anreize, Zertifizierungen und Schulungen
899 können Anbieter motivieren, Umweltstandards einzuhalten.

900 **Nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur**

901 Eine nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur stellen den Schutz und die
902 Wiederherstellung der Umwelt in den Mittelpunkt. Wir setzen auf eine moderne,
903 innovative und effiziente Gestaltung des öffentlichen Raums, die im Einklang mit
904 ökologischer Verantwortung steht und gleichzeitig individuelle Freiheiten
905 respektiert. Hier ist insbesondere dem rasant fortschreitenden Flächenfraß
906 Einhalt zu gebieten. Den Bundesländern sollen über den Finanzausgleich
907 finanzielle Mittel gestrichen werden, wenn unverhältnismäßig viel Boden
908 versiegelt wird.

909 Ein effektiver Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Radwege und Fußgängerzonen
910 sollen eine umweltfreundliche Mobilität ermöglichen. Außerdem kann die Nutzung
911 von Smart-City-Technologien und digitalen Lösungen die Ressourcennutzung
912 optimieren und eine nachhaltige Raumentwicklung fördern.

913 **Außen- und Verteidigungspolitik**

914 Die aktuellen Zeiten sind geprägt von Unsicherheiten, die geopolitische
915 Weltordnung ist im Wandel und es kommt vermehrt zu aggressiven Konfrontationen
916 bis hin zu neuen Kriegen. Gerade jetzt sind stabile außenpolitische Bündnisse
917 und Partner für Österreich sowie ein verteidigungsfähiges, gut ausgerüstetes
918 Militär essenziell. Um unseren Wohlstand sowie unsere Verteidigung zu
919 garantieren, braucht es gemeinsame europäische Lösungen.

920 **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

921 In außen- und sicherheitspolitischen Fragen soll die EU nicht widersprüchliche,
922 nationalstaatliche Interessen verfolgen, sondern international geeint mit einer
923 Stimme sprechen. Daher soll die Position des Hohen Vertreters für Außen- und
924 Sicherheitspolitik zu einem echten EU-Außenminister aufgewertet werden und so
925 die Frage „Who do I call if I want to call Europe?“ endgültig beantworten.

926 Der Europäische Auswärtige Dienst soll zudem gestärkt werden. Die Kompetenzen
927 der Vertretungen der EU im Ausland sollen erweitert werden, um beispielsweise
928 die gemeinsame Ausstellung von Visa durch „EU-Botschaften“ zu ermöglichen. Ein
929 solches Modell der „Botschaft mit 27 Flaggen“ führt zu einheitlichen
930 Vergabeprozess, ermöglicht Kosteneinsparungen und erlaubt eine vereinfachte
931 Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten.

932 **Europäisches Berufsheer statt provinzieller Zwangsarmee**

933 Um die Wehrhaftigkeit unseres Staats zu garantieren, müssen wir die
934 Landesverteidigung in die Hände von Profis geben und nicht in die von
935 Maturanten. Die Wehrpflicht ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die freie
936 Lebensgestaltung junger Männer. Ein Berufsheer ist längst überfällig und
937 dringend nötig, um für die Herausforderungen der Moderne gewappnet zu sein. Auch
938 die Anschaffung von modernem Equipment und Waffensystemen ist längst überfällig.
939 Als staatliche Kernaufgabe muss die Finanzierung der Militärs daher endlich
940 priorisiert werden.

941 Als überzeugte Europäer ist uns bewusst, dass nur ein geeintes und starkes
942 Europa effektiv gegen Cyberkriegsführung, die Bedrohung kritischer Infrastruktur
943 und Terrorismus vorgehen kann. Die Zusammenarbeit der europäischen
944 Nachrichtendienste muss weiter verstärkt werden und auch der Schutz der
945 kritischen Infrastruktur, insbesondere bei grenzüberschreitender Nutzung, in
946 europäischer Zusammenarbeit erfolgen.

947 Langfristig sind wir außerdem für ein europäisches Militär, das die europäische
948 Bevölkerung im Notfall effektiv verteidigen kann. Diese EU-Armee soll eng mit
949 unseren Verbündeten zusammenarbeiten, um unser Lebensmodell der liberalen
950 Demokratie bestmöglich zu verteidigen. Konsequenterweise soll daher die
951 österreichische Neutralität mittelfristig abgeschafft werden. Kurzfristig muss
952 zumindest die Beschaffung von Verteidigungsmitteln primär auf europäischer Ebene
953 erfolgen.

954 **Freihandel schafft Wohlstand**

955 Freihandel schafft Wohlstand und stiftet Frieden. Wir wollen Freihandel fördern
956 und fordern, denn vom freien Handel zwischen Demokratien profitieren am Ende
957 alle. Eine freie Marktwirtschaft zeichnet sich nicht nur durch den
958 innerstaatlichen, sondern vor allem auch durch den internationalen Handel aus.
959 Diese in den letzten zwei Jahrhunderten stattfindende Globalisierung ist die
960 Grundlage unseres heutigen Wohlstands.

961 Wenige Länder haben vom freien Güter- und Personenverkehr des EU-Binnenmarktes
962 so sehr profitiert wie Österreich. Wir wollen eine Ausweitung und Vertiefung des
963 Binnenmarktes, um den Wohlstand auch zukünftig zu sichern und auszubauen.

964 Der europäische Binnenmarkt soll durch den Abschluss von Freihandelsabkommen
965 profitieren. Durch Freihandelsabkommen genießen europäische Erzeugnisse einen
966 größeren Absatzmarkt, während europäische Konsumenten mehr Wahlfreiheit in ihren
967 Einkäufen erhalten. Insbesondere österreichische Unternehmer konnten so in der
968 Vergangenheit überdurchschnittlich profitieren. Alleingänge der österreichischen

969 Bundesregierung in Form von Vetos gegen europäisch verhandelte
970 Freihandelsabkommen, sind strikt abzulehnen.

971 Darüber hinaus wollen wir den Handel mit anderen Staaten nutzen, um unsere Werte
972 und Produktionsstandards zu exportieren. In Anbetracht der Entwicklungen in
973 Afrika, wo China und Russland die EU wie auch die USA durch eine werteneutrale
974 Handels- und Investitionspolitik nahezu verdrängt haben, ist aber Zurückhaltung
975 bei vertraglichen Werteboten geboten. Liberale Demokratie und die Achtung der
976 Menschenrechte muss man international vorleben, diese kann man nicht einfach
977 vertraglich aufoktroyieren. Oft sind daher kleine Schritte nachhaltiger. In
978 diesem Sinne sollen zumindest europäische Umweltstandards zur Erreichung der
979 Pariser Klimaziele in jedem Freihandelsabkommen durch entsprechende Auflagen und
980 Mindestanforderungen enthalten sein.

981 **Souveränität und Schutz liberaler Demokratien**

982 Wir bekennen uns klar zur Unterstützung liberaler Demokratien im Kampf gegen
983 Diktaturen zur Wahrung ihrer Freiheit, wie aktuell in Taiwan, das von der
984 autoritären kommunistischen Volksrepublik China bedroht wird.

985 Wir verurteilen außerdem klar terroristische Handlungen, die für Unsicherheit,
986 schlimmstenfalls aber auch zum Verlust von Menschenleben und zu internationalen
987 Konflikten, führen. Der Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten ist ein
988 deutliches Beispiel für die Provokation von Kriegen durch Terrororganisationen,
989 die entschlossen bekämpft werden müssen.

990 Das Völkerrecht ist von Staaten nicht als Empfehlung, sondern als bindendes
991 Regelwerk zu verstehen. Völkerrechtswidrige Kriegshandlungen untergraben das
992 Fundament internationaler Normen und den Schutz unschuldiger Menschenleben. Der
993 Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein deutliches und
994 schwerwiegenderes Beispiel für eklatante Verletzungen des Völkerrechts, denen
995 wir vehement entgegentreten müssen.

996 **Reform internationaler Institutionen**

997 Internationale Institutionen wie etwa die Vereinten Nationen oder die
998 Welthandelsorganisation haben oft nicht genügend Mittel, um ihren Aufgaben
999 nachzukommen. Gerade in Zeiten des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands
1000 gegen die Ukraine, sowie der wirtschaftlichen Dreistigkeit Chinas beispielsweise
1001 in der Missachtung jeglicher Regeln von intellektuellem Eigentum, sind
1002 handlungsfähige internationale Organisationen essenziell.

1003 Die Vereinten Nationen sollen ein strukturiertes Forum für Dialog,
1004 Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung auf globaler Ebene sein, doch um diesem
1005 Anspruch gerecht zu werden, muss die UN fundamental reformiert werden. Das allzu
1006 oft hinderliche Vetorecht einzelner Staaten verleiht zwar den getroffenen
1007 Beschlüssen mehr Gewicht, darf jedoch angesichts des globalen Wandels kein
1008 dogmatisches Artefakt der Gründungszeit bleiben, sondern muss laufend
1009 hinterfragt werden. Die UN muss zukünftig in der Lage sein, als oberste
1010 friedensstiftende und völkerverbindende Instanz aufzutreten, deren Hauptaufgabe
1011 es ist, kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden und ein Zusammenleben der
1012 Menschheit im bestmöglichen Maße zu ermöglichen.

1013 Um zudem Rechtssicherheit im internationalen Wirtschaftswesen sowie Schutz vor
1014 staatlicher Willkür zu gewährleisten, fordern wir die Errichtung eines
1015 unabhängigen, internationalen Handelsgerichtshofs.

1016 **Vereintes Europa**

1017 Die Europäische Union ist als Garant unseres Wohlstandes und als integraler
1018 Bestandteil unseres täglichen Lebens nicht mehr wegzudenken. Nie war die
1019 europäische Bevölkerung so frei, nie so wohlhabend und nie so geprägt von
1020 Frieden. Um jetzt den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effektiv
1021 entgegenzutreten, müssen wir das Projekt Europa weiterentwickeln und vertiefen.
1022 Daher fordern wir die Vereinigten Staaten von Europa.

1023 **Reform der europäischen Institutionen**

1024 Um eine entscheidungsfähige EU zu sichern, muss das Einstimmigkeitsprinzip im
1025 Rat abgeschafft werden. Nur so kann man Staaten mit autokratischen Tendenzen wie
1026 Ungarn und Polen den Wind aus den Segeln nehmen und verhindern, dass einzelne
1027 Staaten wichtige Reformen aufgrund nationalstaatlichen Denkens blockieren.

1028 Um eine bürgernahe EU zu schaffen, die Vertrauen und Ansehen genießt, müssen
1029 direkte Wahlen garantiert werden. Deshalb sollen für die Wahl zum Europäischen
1030 Parlament europaweite Wahllisten aufgestellt werden und der Kommissionspräsident
1031 direkt gewählt werden.

1032 Die Europäische Kommission soll zu einer echten europäischen Regierung
1033 aufgewertet werden, deren Zusammensetzung nicht von der Anzahl der
1034 Mitgliedstaaten abhängt, sondern aus Mitgliedern des Parlaments gebildet wird
1035 und daher eine größere Flexibilität bei der Definition der Aufgabenbereiche hat.
1036 Das Europäische Parlament wiederum soll durch Gewährung des Initiativrechts in
1037 seiner Bedeutung aufgewertet werden. Als föderales Element soll ihm der Rat als

1038 gleichberechtigte zweite Kammer zur Seite gestellt werden. Der Europäische Rat
1039 soll ersatzlos abgeschafft werden.

1040 Um den Mitgliedstaaten Raum für eigene Entfaltung zu lassen, soll das
1041 Subsidiaritätsprinzips auch im Laufe kommender Reformen beibehalten und
1042 stringent eingehalten werden. So werden die regionalen Bedürfnisse und
1043 Unterschiede durch die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der entsprechenden
1044 Ebenen berücksichtigt.

1045 **Verantwortungsvolle Finanzpolitik**

1046 Gerade in Zeiten der steigenden Zinsen, zeigt sich einmal mehr, wie wichtig eine
1047 nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik ist. Die EU und die
1048 Mitgliedstaaten müssen Förderungen effizienter gestalten, Missbrauch durch
1049 Nationalstaaten verhindern und Kosten einsparen. Wir bekennen uns zu den
1050 Maastricht-Kriterien und wollen, dass die Staaten diese in Zukunft wieder achten
1051 und umsetzen, um der nächsten Generationen Willen.

1052 Wir setzen uns für eine zurückhaltende und möglichst marktnahe Geldpolitik ein.
1053 Die EZB soll daher umfassend reformiert werden und sich zukünftig einzig auf den
1054 Erhalt der Geldwertstabilität konzentrieren, um ihre politische Unabhängigkeit
1055 zu wahren.

1056 **Europäisches Asylsystem**

1057 Die derzeit unkontrollierte Migration nach Europa ist eine der großen
1058 Herausforderungen unserer Generation. Auch diese können wir nur als geeintes und
1059 solidarisches Europa bewältigen - es kann nicht sein, dass dieses Problem auf
1060 einige wenige Mitgliedsstaaten abgeladen wird. Es braucht endlich eine
1061 gesamteuropäische Asyllösung, an der sich alle Mitgliedsstaaten beteiligen. Die
1062 Asylwerber sollen verbindlich auf alle Mitgliedstaaten aufgeteilt werden, wobei
1063 die Verteilung sich nach der Bevölkerungszahl, dem Bruttoinlandsprodukt und den
1064 bisher erbrachten Leistungen in Bezug auf Asylwerber richten soll. In diesem
1065 Zusammenhang soll auch eine Residenzpflicht eingeführt werden. Asylverfahren
1066 müssen schneller abgewickelt werden, um Schutzbedürftigen möglichst schnell zu
1067 helfen und Missbrauch zu verhindern.

1068 Straffällige Asylwerber sollen schneller abgeschoben und außer Landes gebracht
1069 werden. Die EU soll Rückführungsabkommen abschließen, in denen sich die
1070 Herkunftsstaaten zur Rücknahme der abgelehnten Asylwerber verpflichten. Nur so
1071 kann ein funktionierendes Asylsystem Bestand haben.

1072 Um die Integration und Eingliederung der Geflüchteten zu gewährleisten, sollen
1073 verpflichtende Sprachkurse zur Verfügung gestellt werden. Um Schleppern das
1074 Geschäft zu erschweren, fordern wir einen effektiven Grenzschutz, an dem sich
1075 alle EU-Staaten beteiligen.

1076 Wir fordern eine Stärkung des Integrationsjahrs für Asylberechtigte und
1077 Asylwerber mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit sowie die Umsetzung einer
1078 individuellen Integrationsvereinbarung inklusive Sanktionen bei Verletzungen.
1079 Gleichzeitig fordern wir einen Ausbau der Sachleistungen und eine Reduktion der
1080 Geldleistungen.

1081 **Demokratische Mitbestimmung durch Unionsbürger**

1082 Europäer sind heute durch europaweit wechselnde Studienorte und Arbeitsstätten
1083 sowie Familie und Freunden mit bunt gemischten Staatsbürgerschaften in ganz
1084 Europa daheim. Ganz im Sinne der europäischen Integration sollen in Österreich
1085 lebenden Unionsbürgern die vollen demokratischen Teilhaberechte zukommen. Wir
1086 bekennen uns auch zum Wahlrecht ab dem Alter von 16 Jahren für jeden Bürger bei
1087 den EU-Wahlen.

1088 **Verantwortung übernehmen - Liberale Regierungsarbeit**

1089 Politik ist kein Selbstzweck. Genauso wenig das vorliegende Programm. Dieses
1090 soll nicht in einer dunklen Schublade enden, sondern Veränderung in unserem
1091 schönen Land bewirken. Der Verdienst für das große Ganze durch teils auch
1092 kleinere, aber dafür realisierbare Schritte ist gegenüber sturer Ideologie zu
1093 bevorzugen. In diesem Sinne listen wir in diesem Kapitel zwölf Punkte auf, die
1094 im Zuge einer liberalen Regierungsverantwortung jedenfalls umgesetzt werden
1095 sollen, um die Weichen für eine bessere Zukunft zu stellen.

1096 Um das **Aufstiegsversprechen zu erneuern**, sodass sich auch die junge Generation
1097 in Österreich durch eigene Kraft etwas aufbauen kann, soll ...

- 1098 • die Steuer- und Abgabenlast drastisch gesenkt werden, um vor allem jungen
1099 Berufstätigen mehr finanziellen Spielraum zu ermöglichen;
- 1100 • die Grunderwerbssteuer beim Kauf der ersten Immobilie ausgesetzt werden;
- 1101 • die Behaltefrist für Wertpapiere für Privatanleger wieder eingeführt
1102 werden.

1103 Um **Wohlstand in Österreich** langfristig zu sichern, muss der
1104 unternehmerfeindlichen Überregulierung Einhalt geboten werden. Daher soll ...

- 1105 • die Gewerbeordnung entrümpelt werden, indem vor allem gebundene Gewerbe
1106 abgeschafft und Qualifikationsnachweise auf das Nötigste reduziert werden;
- 1107 • der Wirtschaftsstandort nicht durch eine Verschärfung des
1108 Arbeitskräftemangels durch die Einführung einer gesetzlichen 32-Stunden-
1109 Woche geschwächt werden.

1110 Um weg von Biedermeier-Sentimenten hin zum **italienischen Dolce Vita mit**
1111 **niederländischem Chill-Faktor** zu kommen, soll ...

- 1112 • die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten schrittweise vorangetrieben
1113 werden;
- 1114 • die Kriminalisierung von Cannabis zu Gunsten der kontrollierten Freigabe
1115 abgeschafft werden.

1116 Um im Sinne der **Generationengerechtigkeit** erste Schritte Richtung
1117 zukunftsfähiger Planet, sowie nachhaltiger Staatshaushalt und zukunftsfittes
1118 Pensionssystem zu sichern, soll ...

- 1119 • ein Stopp klimaschädlicher Subventionen umgesetzt werden;
- 1120 • ein aktiver Abbau der Staatsschulden betrieben werden;
- 1121 • die Aktienpension durch eine Öffnung der betrieblichen Altersvorsorge
1122 ermöglicht und das Pensionsantrittsalter nachhaltig erhöht werden.

1123 Um das **österreichische Bildungssystem** zumindest im Rahmen der Kompetenzen einer
1124 Bundesregierung ein Stück lebensnäher auszugestalten und den Hochschulen ein
1125 Stück mehr Exzellenz zu erlauben, soll ...

- 1126 • in einem ersten Schritt Richtung völliger Schulautonomie ein geförderter
1127 Rahmen geschaffen werden, der es Schulen über eine private Trägerschaft
1128 bei gleichzeitig öffentlicher Finanzierung und ohne Schulgelder
1129 ermöglicht, finanzielle, personelle sowie pädagogische Autonomie zu
1130 erlangen und so zu Chancenschulen zu werden, die die Schüler in den
1131 Mittelpunkt stellen;

1132
1133

- die Finanzierung der Hochschulen durch nachgelagerte Studienbeiträge verbessert werden.

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundeskongress (einhellig)

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

A8NEU: Freie Fahrt durch freien Markt

Antragstext

1 EINLEITUNG

2 Immer weniger Jugendliche haben einen Führerschein. Die Zahlen sprechen eine
3 klare Sprache: Während 2011 noch 72.793 15-19-Jährige einen ersten Führerschein
4 bestanden haben, liegt dieser Wert heute nur noch bei 30.246. Dieses Phänomen
5 beschränkt sich auch nicht auf urbane Regionen: Auch in Tirol hat sich die Zahl
6 der Erstzulassungen bei 15-19-Jährigen in elf Jahren mehr als halbiert.^[1]

7 Gerade am Land ist der Führerschein die Tür zu mehr Mobilität und damit mehr
8 Freiheit. Der viel versprochene Öffi-Ausbau schreitet in vielen Regionen zu
9 langsam voran und kann auch nie jedes Dorf in Österreich ausreichend abdecken.
10 Die Türe Mobilität, bleibt also für immer mehr Jugendliche verschlossen - das
11 ist ungerecht.

12 Die Existenz eines Führerscheins *per se* halten wir für nötig. Es ist richtig,
13 dass gewisse Fähigkeiten abgeprüft werden, bevor man Kraftfahrzeuge lenken darf.
14 Wie jeder andere staatliche Eingriff, sollte sich aber auch dieser auf das
15 strikte Minimum beschränken. Die Hürden dürfen nicht zu hoch gestellt werden.
16 Dass ein Führerschein der Klasse B mit den verpflichtenden Vorbereitungsstunden
17 derzeit rund 1.550 €^[2] kostet und damit für viele Jugendliche unleistbar ist,
18 ist für uns inakzeptabel.

19 Für uns ist also klar: der Weg zum Führerschein muss möglichst
20 unbürokratisch und einfach sein. Jede einzelne Hürde muss gut begründet sein.
21 Zusätzlich gilt es die Fahrschulbranche zu deregulieren und zu
22 entbürokratisieren. Nur so schaffen wir mehr Wettbewerb und damit mehr
23 Qualität für die Fahrschüler.

24 FAHRSCHULEN DEREGULIEREN

25 Um den Preis für die Prüfungsvorbereitung nachhaltig zu senken, müssen wir mehr
26 Wettbewerb in den Fahrschulmarkt bringen. Das bedeutet zuallererst eine
27 Überarbeitung des bestehenden Regulativs. Derzeit ist die Gründung einer
28 Fahrschule nämlich sehr kompliziert.

29 So muss man, um eine Fahrschule eröffnen zu können, über 27 Jahre alt,
30 österreichische Staatsbürgerin oder EU-Bürgerin und "vertrauenswürdig" sein,
31 sowie Maschinenbau oder Elektrotechnik in der Schule gelernt oder an der Uni
32 studiert haben (§109 Kraftfahrgesetz). Zusätzlich darf man nicht mehr als zwei
33 Fahrschulen betreiben, die aber nur 50 km Luftlinie voneinander entfernt sein
34 dürfen (§111 KFG). Und wenn man die Fahrschule verlegen will, dann darf man das
35 nur innerhalb desselben Bundeslandes und nach Zustimmung der
36 Bezirksverwaltungsbehörde (§108 KFG). Weiterbildungen für Personen, die bereits
37 den Führerschein der entsprechenden Klasse bestanden haben, dürfen überhaupt nur
38 "auf Grund einer Ermächtigung des Landeshauptmannes" (§108a KFG) durchgeführt
39 werden. Das gilt insbesondere auch für die Ausbildung von Fahrlehrkräften und
40 die Bestellung von Fahrprüferinnen.

41 Während der Weg zur normalen "Fahrlehrerin" trotzdem ein recht
42 unbürokratischer ist, so ist der zur "Fahrschullehrerin", der auch Theorie-
43 Stunden unterrichten kann, ein deutlich komplizierterer - in den, wie könnte es
44 anders sein, wieder die Bezirksverwaltungsbehörde involviert ist.

45 Um den Bürokratie-Dschungel zu zerschlagen, schlagen wir JUNOS - Junge Liberale
46 NEOS, folgende Änderungen vor:

- 47 1. Die rechtliche Kategorie "Fahrschule" wird ersatzlos abgeschafft.
48 Wollen sich mehrere Fahrlehrkräfte zusammentun, so können sie dafür
49 eine der herkömmlichen Gesellschaftsformen wählen. Damit verschwindet
50 auch die Unterscheidung zwischen Fahrschullehrerinnen und Fahrlehrerinnen.
- 51 2. Nur zusammen mit staatlich geprüften Fahrlehrern oder im Rahmen eines L-
52 Taferls dürfen Personen, die noch nicht über einen entsprechenden
53 Führerschein verfügen, ein Fahrzeug lenken. Fahrstunden außerhalb des
54 Rahmens vom L-Taferl erfolgen dabei mit Fahrzeugen, die spezielle
55 Sicherheitsvorgaben erfüllen müssen.
- 56 3. Fahrlehrer oder Fahrprüfer werden kann jeder Volljährige, der
57 entsprechende staatlich organisierte theoretische und praktische Prüfungen
58 besteht und einen Führerschein der jeweiligen Fahrzeugkategorie besitzt
59 und sich außerhalb der Probezeit befindet. Wie er sich auf diese
60 vorbereitet, steht ihm komplett frei.

61 **KOMPETENZEN ABPRÜFEN STATT STUNDEN ABSITZEN**

62 Der Führerschein dient als Nachweis der Fahrtüchtigkeit und ist die
63 Berechtigung, ein Kraftfahrzeug auf den öffentlichen Straßen Österreichs in
64 Betrieb zu nehmen. Essentiell ist also, dass die Verkehrsteilnehmerinnen

- 65 • die Straßenverkehrsordnung kennen und anwenden können;
- 66 • ein Fahrzeug richtig bedienen können;
- 67 • das technische Grundwissen beherrschen; und
- 68 • Die theoretischen wie praktischen Kompetenzen des Ersten-Hilfe Kurses
69 beherrschen.

70 Diese Kompetenzen werden bei der theoretischen, sowie bei der praktischen
71 Fahrprüfung abgefragt. Das Kontingent an verpflichtend vorgeschriebenen
72 Ausbildungsstunden - sowohl in Theorie als auch Praxis - soll verkleinert
73 werden.

74 **L-TAFERL**

75 Auch die verpflichtenden Fahrstunden, beziehungsweise zu fahrenden Kilometer,
76 mit den "L-Taferln" sind zu verkleinern.

77 **EUROPAWEIT DIGITALER FÜHRERSCHEIN**

78 Wir JUNOS fordern einen europaweiten, digitalen Führerschein. Dieser muss aber
79 den höchsten Datenschutzregeln entsprechen und soll keineswegs mit anderen
80 online Applikationen verknüpft sein oder Informationen austauschen.

81 [\[1\]](#) Q. Statistik Austria, Führerscheine und Lenkberechtigungen, Jahresergebnisse
82 2020

83 [\[2\]https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-](https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-oesterreich/)
84 [oesterreich/](https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-oesterreich/)

ANTRAG

Gremium: Bundeskongress (eine Gegenstimme)

Beschlussdatum: 22.10.2023

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

A12NEU: Gefesselter Staat, glückliche Bürger

Antragstext

Hintergrund

Ein Hauptproblem moderner Wohlfahrtsstaaten bzw. Demokratien ist es, das richtige Verhältnis von gegenwärtigem Konsum, effektiver Erfüllung von staatlichen Kernaufgaben und langfristigen Zukunftsinvestitionen zu finden. Politiker, die für finanzielles Maßhalten und eine langfristig nachhaltige Lastenverteilung über Generationen hinweg eintreten, sind oft genug in der Minderheit und werden durch Politiker, die vollmundig verheißungsvolle Versprechungen machen, bei Wahlen ausgestochen. Dazu mag der fünfjährige Wahlzyklus das seine beitragen. Wer denkt schon an die Auswirkungen seines Handelns in 20 Jahren, wenn er oder sie sich in drei, vier, fünf Jahren einer Wahl stellen muss, die über das jeweilige politische Schicksal entscheidet.

Zwar ist es richtig und notwendig, dass Bürger vehement an das Verantwortungsgefühl der gerade aktuellen Politikergeneration appellieren, aber dies allein wird das skizzierte strukturelle Problem der unterschiedlichen Zeithorizonte nicht lösen können. Was es braucht, sind ebenso strukturelle Schranken, welche die Bevölkerung den politischen Akteuren auferlegt und welche die vorhandenen negativen Anreize ausgleichen oder zumindest abschwächen und damit verantwortungsvollen Politikern mit langfristigem Blick die notwendige Unterstützung zukommen lassen.

Ausgabenbremse als Turbo der Generationenfairness

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kennt die Entwicklung der Ausgaben des österreichischen Staates so wie in den meisten westlichen Demokratien praktisch nur eine Richtung: nach oben. Dies lässt sich nicht nur, aber vor allem, auf die

24 immens gestiegenen Sozialausgaben zurückführen. Als Anteil an der gesamten
25 Wirtschaftsentwicklung (BIP) gemessen betragen diese im Vor-Pandemie-Jahr 2019
26 bereits **29,3 Prozent**^[1]. Vom finanziellen Kuchen der österreichischen
27 Staatsausgaben nahmen sie im selben Jahr sogar **41,4 Prozent** ein^[2]. Es flossen
28 somit ganze 41 Cent von jedem Euro Staatsausgaben in die sozialen
29 Sicherungsnetze. Durch die Coronakrise gab es noch einmal einen sprunghaften
30 Anstieg und die Sozialausgaben erreichten laut Statistik Austria im Laufe des
31 Jahres 2020 satte **34,1 Prozent** des BIP und damit ihren bisherigen
32 Höchststand^[3]. Zwar kam es in den Folgejahren nach Ende der Pandemie wieder zu
33 einem Rückgang (im Jahr 2022 betrug die Sozialquote „nur“ noch **30,5 Prozent** des
34 BIP)^[4], steigende staatliche Verpflichtungen vor allem im Bereich der
35 Pensionen, Gesundheit und Pflege bleiben aber auch in Zukunft Ausgabentreiber.

36 Um all dies zu finanzieren, wurde bereits in der Vergangenheit neben einer stark
37 steigenden Abgabenquote ein immer größerer Schuldenberg angehäuft. Im Vor-
38 Pandemie-Jahr 2019 betrug dieser **70,6 Prozent** des BIP.^[5] 2022 erreichte man
39 nach den Ausgabenexzessen während der Coronapandemie einen Wert von **78,4 Prozent**
40 des BIP – fast 20 Prozentpunkte über dem diesbezüglichen Maastricht
41 Grenzwert.^[6] Im Vergleich zu Österreich schaffte es Schweden nach Einführung
42 einer Ausgabenbremse in den 90ern seine Staatsverschuldung von einem Wert um die
43 70 Prozent zu halbieren und damit die Interessen und den finanziellen
44 Handlungsspielraum nächster Generationen zu wahren.

45 Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS anerkennen die moderne Errungenschaft effektiver
46 sozialer Sicherungsnetze, welche es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen,
47 ihr Leben geschützt vor Schicksalsschlägen und herkömmlichen Lebensrisiken in
48 Freiheit und größtmöglicher Unabhängigkeit zu gestalten. Gleichzeitig ist es für
49 uns Liberale selbstverständlich, dass jedes Mitglied der Gesellschaft die
50 Pflicht hat, diese Netze nur so lange und in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen,
51 die seiner unverschuldeten Notlage und/oder seinen vorherigen Beitragszahlungen
52 entspricht. Neben dieser Verpflichtung des Einzelnen gibt es aber auch eine
53 Verpflichtung des Staates, seine eigentlichen Kernaufgaben der Aufrechterhaltung
54 der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verwaltung sowie wichtige
55 Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter Sozialausgaben und Konsums in der
56 Gegenwart zu vernachlässigen.

57 Gerade Letzteres droht ansonsten zu einem Mühlstein für nächste Generationen zu
58 werden, die sich nicht mehr auf die sozialen Sicherungssysteme verlassen können
59 werden, wenn sie diese einmal brauchen. Als JUNOS - Junge Liberale NEOS sehen
60 wir es als unsere liberale Pflicht an, uns für generationenübergreifende
61 Fairness und nachhaltige staatliche Sozialsysteme einzusetzen, welche die
62 Freiheit und Rechte der Nachgeborenen achten.

63 Aus diesen Gründen setzen wir uns für die Einführung einer Ausgabenbremse im
64 Verfassungsrang ein. Diese ist in die Systematik einer ebenso
65 verfassungsrechtlich abgesicherten Schuldenbremse einzufügen und hat vorzusehen,
66 dass das jährliche Budget des Bundes im Rahmen eines fünfjährigen Haushaltsplans
67 zu erstellen ist, in welchem den einzelnen Ressorts maximale Ausgabensummen
68 zugewiesen werden. Gesamtstaatlich darf das Ausgabenwachstum hierbei nicht die
69 Teuerung übersteigen solange die Verschuldung den Wert von 60 Prozent des BIP (=
70 Maastricht Grenzwert) nicht unterschreitet.^[71]

71 Daneben und aufgrund der herausragenden Bedeutung dieses Ausgabenbereichs treten
72 wir dafür ein, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben den Wert von **40 Prozent**
73 an den staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht überschreiten
74 dürfen. Dies ist ebenfalls in einer Verfassungsbestimmung festzuschreiben. Ein
75 zu implementierender Konsultationsmechanismus mit Ländern, Gemeinde- und
76 Städtebund soll die notwendige Abstimmung der Gebietskörperschaften in beiden
77 Fällen sichern.

78 Durch den damit geschaffenen Druck zur Ausgabensenkung und -konsolidierung
79 erhoffen wir uns den politischen Willen für überfällige Strukturreformen, vor
80 allem im Sozialbereich. Notwendig sind insbesondere eine generationengerechte
81 Pensionsreform, das Abstellen von Privilegierungen für gewisse potente
82 Interessengruppen sowie die Erhöhung der sozialen Treffsicherheit ebenso wie die
83 Vereinfachung und Effizienzsteigerung der weiteren Systeme sozialer Absicherung.

84 **Steuer- und Abgabenobergrenze als Schutzschirm der** 85 **Steuerzahler**

86 So wie die Sozialausgaben wächst auch die Steuer- und Abgabenquote Österreichs
87 sukzessive seit Jahrzehnten mit wenigen Intervallen kurzfristiger
88 Abgabentlastungen. Im Vor-Pandemie-Jahr 2019 lag diese bei ganzen **43,2 Prozent**
89 des BIP^[81]. Dieser Wert stieg bis 2022 auf **43,6 Prozent** des BIP an^[91]. Man
90 befindet sich damit komfortabel im oberen Drittel der Mitgliedsländer der
91 Europäischen Union (gemäß leicht abweichendem Wert der WKO)^[101]. Allen
92 Steuerreformen der letzten Jahre zum Trotz kommt man dem Ziel einer Steuer- und
93 Abgabenquote von **unter 40 Prozent** des BIP auch in Zeiten der Hochkonjunktur kaum
94 näher. Die Gründe sind ähnliche wie jene für die beständig steigenden
95 Sozialausgaben. Es ist einerseits politisch unpopulär, die notwendigen
96 ausgabenseitigen Reformen in die Wege zu leiten, um den finanziellen Spielraum
97 größerer Entlastungen zu schaffen. Andererseits gefielen sich
98 Regierungspolitiker verschiedenster Couleur dabei, alle drei, vier Jahre
99 kleinere Steuerreformen zu beschließen, die im Endeffekt nur die angehäuften
100 inflationsbedingten Mehrbelastungen eben jener drei, vier Jahre ausgeglichen
101 haben (sogenannte „Kalte Progression“^[111]). Zumindest Letzteres wurde durch den

102 automatischen Ausgleich von 2/3 des Effekts der Kalten Progression ab dem Jahr
103 2023 abgestellt.

104 Wir JUNOS – Junge Liberale NEOS sind der Überzeugung, dass der Staat und die ihn
105 lenkenden Politiker eine moralische Verpflichtung haben, den einzelnen Bürger
106 nur in jenem Ausmaß zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen, der
107 unbedingt notwendig ist, um wichtige Staatsfunktionen und Zukunftsinvestitionen
108 besorgen zu können. Die beständige Aushöhlung des Grundrechtes auf
109 Privateigentum, um damit kurzfristigen Konsum politischer potenter Wählergruppen
110 zu finanzieren, muss ein Ende haben.

111 Aus diesen Gründen setzen wir JUNOS - Junge Liberale NEOS uns für die Einführung
112 einer Steuer- und Abgabengrenze im Verfassungsrang ein. Budgetentwürfe des
113 Bundes dürfen nicht so ausgestaltet sein, dass sie zu einer Steuer- und
114 Abgabenbelastung führen, die den Wert von **40 Prozent** des BIPs übersteigt. Um die
115 Steuer- und Abgabenquote in Zukunft über diesen Wert anheben zu können, ist eine
116 vorherige Beschlussfassung beider Parlamentskammern (Nationalrat, Bundesrat)
117 vorzusehen, welche ein erhöhtes Präsenzquorum von 50 Prozent und ein
118 Konsensquorum von 2/3 der Abgeordneten zum Nationalrat bzw. Mitglieder des
119 Bundesrates verlangt.

120 Durch die Selbstbindung der Politik und Entziehung dieser Angelegenheiten aus
121 dem politischen Alltagsdiskurs erhoffen wir uns einen erhöhten Fokus auf die
122 Effizienzsteigerung und Verschlinkung des Staates sowie Attraktivierung des
123 Wirtschaftsstandortes und das Abstellen politischer Taktiererei auf dem Rücken
124 der Steuerzahler und nächsten Generationen.

125 [\[1\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-
126 soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

127 [\[2\]https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-
128 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-
129 aufgabenbereichen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen)

130 [\[3\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-
131 soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

132 [\[4\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-
133 soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

134 [\[5\]https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-
135 finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-](https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-)

136 [schuldenstand](#)

137 [https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-
finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-
schuldenstand](https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-
138 finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-
139 schuldenstand)

140 [https://www.agenda-
austria.at/publikationen/staatsausgaben/handlungsempfehlungen/](https://www.agenda-
141 austria.at/publikationen/staatsausgaben/handlungsempfehlungen/)

142 [https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-
finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-
143 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen)

144 [https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-
finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-
145 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen)

146 <https://wko.at/statistik/eu/europa-abgabenquoten.pdf>

147 [https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-
lohnt/die-kalte-progression-die-heimliche-geliebte-des-finanzministers/](https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-
148 lohnt/die-kalte-progression-die-heimliche-geliebte-des-finanzministers/)